№ 311 Abend-Ausgabe
B 153

Berlin

Freitag, 3. Juli 1925

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Antwort Deutschlands

Richtlinien der Volkspartei.

In der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, in der die Zurückstellung der geplanten Interpellation an die Reichsregierung beschlossen wurde, sind auch Richtlinien für die Behandlung der aktuellen außenpolitischen Fragen aufgestellt worden. Sie gewinnen Bedeutung durch die Tatsache, daß sie offenbar mit Zustimmung des Reichsministers Dr. Stresemann herausgegeben worden sind. Das Communiqué der Deutschen Volkspartei lautet:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung zu der durch die Briand-Note vom 16. Juni geschaffenen außenpolitischen Lage Stellung genommen. Sie stimmte der Initiative der deutschen Regierung zu, die im gegebenen Moment eingesetzt hat, um die Lösung der Sicherheitsfrage mit Deutschland, nicht gegen Deutschland herbeizuführen. Sie fordert, daß die in Gang gebrachten Erörterungen in den Grundgedanken des deutschen Memorandums vom 9. Februar d. J. fortgesetzt werden, jedes Hineinziehen der militärischen Bündnispolitik aber abgelehnt wird. Dabei ergibt sich die Aufgabe, folgende Richtlinien zu berücksichtigen und auf ihre Sicherung zu bringen:

Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist vor der Räumung nicht nur der Ruhr und des Sanktionsgebietes, sondern auch der ersten Rheinlandzone undenkbar. Er setzt Einigung über das Sicherheitsproblem, Ausschaltung der für Deutschland im Artikel 16 der Völkerbundssatzungen — Völkerbundsfunktionen — liegenden besonderen Gefahren sowie Festhaltung der Grundsätze des deutschen Memorandums über den Völkerbund voraus. Er muß zu einer Beseitigung der Beschlüsse des Völkerbundsrates über die Militärkontrolle des Völkerbundes führen, soweit sie über den Versailler Vertrag hinausgehen, insbesondere, soweit sie örtliche ständige Kontrollorgane im Rheinland in Aussicht nehmen. Wenn auch der Sicherheitspakt selbst den Versailler Vertrag nicht abändert, so darf doch darüber kein Zweifel bestehen, daß Deutschland keine Verschlechterung der sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Lage hinnehmen kann und daß es auf die in diesen selbst gesetzten, sowie die durch fortschreitende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten nie verzichten wird.

Wird das nächste Ziel des Paktes, Lösung der Sicherheitsfrage, erreicht, so wird sich die Notwendigkeit aufdrängen, Besatzung und Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alsdaldige Beseitigung des Delegierten-Systems, Unterstellung aller Streitigkeiten aus dem Versailler Vertrag, insbesondere auch über die Entmilitarisierung des Rheinlandes, sowie über das Rheinlandabkommen unter ein Schiedsverfahren, Ablehnung jeder Wiederaufnahme früherer Sanktionsmethoden muß erreicht werden. Beim Abschluß von Schiedsverträgen ist von dem deutschen Typus auszugehen.

Nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit darf Deutschland östliche Schiedsverträge abschließen. Garantie und Entscheidung über die Verletzung durch den Bundesgenossen eines Vertragsteiles sind mit völkerrechtlichen Grundsätzen unvereinbar. Eine Zuspitzung friedlicher Lösung östlicher Konflikte wird durch diese Zurückweisung des französischen Garantieplanes nicht abgeschwächt.

Mit Rußland hat Deutschland den Rapallo-Vertrag geschlossen. Dieser wird durch die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen mit den Westmächten nicht verletzt. Deutschland hält an ihm fest und darf sich in keiner Weise gegenüber Rußland in eine die deutschen Interessen schädigende Politik treiben lassen. Ebensowenig dürfen die Beziehungen Deutschlands zu anderen Mächten durch Abschluß eines Westpaktes getrübt werden.

Nur bei Wahrung der vorstehenden Grundsätze scheint der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschlands Interessen und Europas Neuordnung vereinbar. Das letzte Ziel muß ein wirklicher Frieden nach dem Grundsatz von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit durch Schiedsverträge, Sicherheit und allgemeine Entwaffnung sein."

Die offiziöse „Diplomatisch-politische Korrespondenz" unterstreicht, daß in diesen Richtlinien die Auffassung der Reichsregierung widergegeben werde:

„Wenn es sich auch hier nur um die Kundgebung einer Fraktion der die Regierung stützenden Parteien handelt, so spiegeln diese Richtlinien doch zweifellos Gedankengänge, die an den leitenden Stellen der deutschen Außenpolitik vorherrschen und deshalb für die weitere Verhandlung des französischen Memorandums Bedeutung haben werden."

Die Mitteilungen, die heute in der „Vossischen Zeitung" über den voraussichtlichen Inhalt der deutschen Antwort auf die Note Briands gemacht sind, werden durch diese Ausführungen bestätigt. Man wird allerdings den noch nicht feststehenden Wortlaut der Antwortnote abwarten müssen, ehe man zu ihr Stellung nehmen kann. Der Wortlaut soll erst vom Gesamtkabinett genehmigt werden. Die Abendung der deutschen Antwort und ihre Veröffentlichung wird, wie bereits mitgeteilt wurde, kaum vor dem 12. Juli erfolgen.

*

Die alldeutsche „Rhein.-Westf. Ztg." teilt in sehr auffallendem Druck auf der ersten Seite ihrer Ausgabe vom 1. Juli mit: „Die RWZ., die wegen eines am 11. Mai veröffentlichten Artikels „Hindenburg und die Türkei" auf drei Monate verboten worden war, ist durch Verfügung des in Mainz kommandierenden Herrn Generals Guillaumat auf gefällige Vermittlung des in Essen kommandierenden Herrn Generals Guillaume zum Wiedererscheinen ermächtigt, wofür wir unseren Dank abstatten, ebenso wie für die Ermächtigung zur Erweiterung der im dritten Jahrgang bei uns erscheinenden Wirtschaftszeitung „Westindustrie" während des Verbots der RWZ."

Die Moskauer Todesurteile.

Von

Amtsgerichtsrat a. D. Ludwig Herz.

Wie wir bereits in einem Teil unserer heutigen Morgenausgabe mitgeteilt haben, sind die drei deutschen Studenten in Moskau programmäßig zum Tode verurteilt worden.

Das Verfahren gegen die unglücklichen drei deutschen Studenten spricht den elementaren Grundsätzen eines modernen Strafverfahrens Hohn. Bei zahlreichen Gelegenheiten ist ihnen versagt worden, was jeder Angeklagte, auch der schuldige und geständige Angeklagte, als sein Recht beanspruchen kann: eine uneingeschränkte Verteidigungsmöglichkeit. Zugegeben, daß die Angeklagten unklar und ungeschickt in ihrer Verteidigung waren, zugegeben, daß die Ueberredungskünste der Tscheka, Hoffnung auf eigene Bedeutung den einen von ihnen zu Geständnissen gebracht haben, die die anderen schwer belasten, alles das berechtigte den Gerichtshof nicht, aus übereaus fadenscheinigen Gründen über Beweisanträge der Verteidigung mit einer Handbewegung hinwegzugehen. Das Verfahren wäre also nichts anderes als eine tragische Groteske, in der das Schicksal der Angeklagten von vornherein besiegelt und das Urteil nur ein Gegenschlag gegen das Todesurteil des Leipziger Gerichts gegen den russischen Kommunisten Skobelew war, wenn man die Idee dieser russischen Gerichtshöfe in politischen Prozessen der Rechtsidee gleichsetzen könnte, die sonst geordnete Verfahren beherrschen soll.

Den psychologischen Schlüssel gibt uns das Schlußwort des öffentlichen Anklägers Krylenko: „Aufgabe des Gerichts sei der Schutz der revolutionären Errungenschaft und Sicherheit der Sowjetunion." Das revolutionäre Tribunal soll also Wohlfahrtsausschuß, nicht an das Recht gebundene Tribunal sein, sein Leitstern nicht die Gerechtigkeit, sondern jene furchtbare Staatsraison, mit der von jeher so viele Verbrechen entschuldigt und verherrlicht worden sind. Dieser Standpunkt ist von Revolutionen und Gegenrevolutionen fast überall und immer eingenommen worden. Wenn der Vertreter der Sowjetregierung ihn als Ankläger noch heute vertritt, so ist es ein Symptom dafür, daß er heute, acht Jahre nach dem Umsturz, die Diktatur des Proletariats, die doch nach Marx nur ein „Uebergang" sein soll, noch immer für unentbehrlich hält. Es hat sich also seit dem Jahre 1922, in der der französische Kommunist Jacques Sadoul bei der Verteidigung der angeklagten Sozialrevolutionäre in Moskau die Grundsätze revolutionärer Justiz entwickelte, nichts geändert, als die Namen der Ankläger, der Angeklagten und der Richter. Sadoul ging von dem prophetischen Worte Robespierres aus: „Die Völker sprechen keine Urteile, sie schleudern Blitze." Er führte dann aus: „Das Schicksal der Angeklagten hängt einzig vom Stande der Revolution ab. Es handelt sich nicht um sie, sondern um die Belange der Revolution. Wenn die revolutionäre Gewalt übergesinnt ist, daß die Errungenschaften der Revolution nicht mehr bedroht sind, sind die Angeklagten gerettet, wenn eine Gefahr noch besteht, sind sie verloren. Der Prozeß ist kein Rechtsfall, sondern eine Episode des Bürgerkrieges, oberstes Gesetz ist allein das Wohl der Revolution. Die Entscheidung hat nur nach ihrem Interesse zu erfolgen, die Größe der sie bedrohenden Gefahr und ihre Sicherung bestimmen allein das Schicksal der Angeklagten. Die Richter sind nur durch ihr revolutionäres Gewissen gebunden. Die Revolution übt weder Wiedervergeltung noch Rache, noch glaubt sie an die Sühne durch Strafe. Die Sprüche des Gerichtshofes richten sich nicht gegen den Menschen noch gegen die Tat, sie sollen lediglich die Revolution verteidigen. Die Art und Höhe der Strafe richtet sich nach den Fragen, die die unter Anklage gestellte Tat für die Revolution haben kann, und zwar zur Zeit des Spruches, nicht zur Zeit ihrer Begehung. Hiernach hat sich der Spruch: Gnade oder Vernichtung zu richten!"

Die Pariser kommunistische Zeitung „Humanité", der der Inhalt dieser Rede Sadouls entnommen ist, hat seine Gedanken, die der revolutionären Ueberlieferung entsprächen, begeistert zugestimmt. Sie können also als der Ausdruck dessen gelten, was der Kommunismus als „revolutionäres Recht" gegenüber Andersdenkenden ansieht. Trotz des poetischen Schwunges der Rede Sadouls, trotz seiner inneren Ueberzeugung, daß der revolutionäre Klassenkämpfer so und nicht anders handeln dürfe, ist diese Auffassung von den Pflichten eines Gerichtshofes mehr als die Verherrlichung des Terrors als unentbehrlichen Requisits der Revolution, es ist die Stabilisierung der Klassenjustiz als geltendes Recht. Es soll zugestanden werden, daß diese kommunistische Auffassung der Rechtsprechung immer moralisch noch höher steht, als die Rachesprüche, die französische Militärgerichte in Contumaciam gegen deutsche Offiziere. Es soll weiter nicht bestritten werden, daß der Vorwurf der Klassenjustiz, der so häufig von der Sozialdemokratie gegen die Urteile deutscher Gerichtshöfe erhoben worden ist, nicht immer unberechtigt war, daß z. B. vor dem Kriege das Urteil des Militärgerichts im Zabernser Fall, nach dem Kriege das Urteil des Münchener Volksgerichts gegen Fechenbach Fehlurteile aus politischer Einstellung heraus waren. Aber wo bei uns eine solche

Mein Interview mit Viscount Goto.

Ein Wort in eigener Sache.

Von

Fritz M. Wittowski,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Kobe (Japan), im Juni.

Die schnelle und weitreichende Publizität, die mein Name in Japan erhalten hat, würde ein weiches Ruhekissen meines journalistischen Ehrgeizes sein, wäre die traurige Beendigung dieses Eintagsruhmes nicht in einer sogenannten halboffiziösen Erklärung zu finden, daß das von dem Berichterstatter Herrn W. wiedergegebene Interview mit Viscount Goto „sicherlich erfunden" sein müsse. „Beweisen" wird dieser Angriff auf meine Glaubwürdigkeit mit der rhetorischen Frage „Welcher Mensch mit gesundem Menschenverstand könne annehmen, daß ein Staatsmann wie der Viscount solche Aeußerungen hätte tun können?"

Tatsache ist folgendes. An Bord der „America Maru", zwischen Schimonoseki und Kobe, hatte ich eine etwa einstündige Unterredung mit Viscount Goto. Ich habe die Fragen vorher ausgearbeitet, der Viscount beantwortet sie in japanischer Sprache und sein eigener Sekretär gibt mir die Antworten in Englisch wieder. Zwei Stunden nach Beendigung des Interviews sende ich das Manuskript per Post nach Deutschland. Der Artikel erscheint. Der Berliner Korrespondent der „New York Times" übersetzt daraus einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze zurück aus dem Deutschen ins Englische, kabelt sie nach New York, und am nächsten Morgen berichtet der größte Teil der amerikanischen Presse von den Kriegsdrohungen des Viscount Goto, den man sich in Zukunft als wüsten „Chauvinisten merken müsse".

In Wirklichkeit steht in meinem deutschen Bericht kein Satz, wie dieser: Die Kalifornienfrage muß bedingungslos in japanischem Sinne geregelt werden. Dieses Wort „bedingungslos" (unconditional) gibt dem einen der gekabelten zwei Sätze einen Ton, den der ehrlich friedliebende Goto seinen Reden fernhielt. Hätte er das Wort gebraucht, das ihm die sinnwidrige Uebersetzung des amerikanischen Korrespondenten in den Mund legt: sicherlich hätte ich es nicht ohne Glosse vorübergehen lassen. Die andere Aeußerung, die sogar den Präsidenten der Vereinigten Staaten um Ruhe und Schlummer gebracht haben soll, lautete so: „Die Einwanderung ist eine Lebensfrage für Japan". Hier hat nun der Vertreter der „New York Times" das Thema des gesamten Fragenkomplexes eingeschaltet, und so liest sich denn in seinem Kabel Viscount Gotos Antwort auf meine Frage so: „Die Einwanderung in Kalifornien ist eine Lebensfrage für Japan."

Am Tage nach der Veröffentlichung des Kabels aus Berlin in der amerikanischen Presse las ich denn in japanischen Zeitungen ein Dementi Viscount Gotos, in dem er vor Gott beschwor, nie die angeführten Aeußerungen getan zu haben. Ich beeile mich, ihm dies auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich zu bestätigen. Aber eins muß ich doch sagen: etwas reichlich weit ist der Viscount (der Blütentraum des Ministerpräsidentenpostens begann zu welken) in seinem Dementi denn doch gegangen: er behauptete, nie einem Journalisten über die Kalifornienfrage ein Interview gegeben zu haben. Das war sehr unklug von ihm. Hätte er sich mit mir in Verbindung gesetzt, es wäre mir ein Vergnügen gewesen, in Gemeinschaft mit diesem liberalsten Staatsmann Japans den erfolgten Entstellungen entgegenzutreten.

„Klassenjustiz" festzustellen war, war sie die Wirkung der Unaufmerksamkeit und einer inneren Gebundenheit der amtierenden Richter. Die Rechtsverletzung geschah unbewußt in der Ueberzeugung, nach Recht und Gewissen zu urteilen. Die kommunistische Theorie macht aber die Rechtsbeugung zum Grundsatz des revolutionären Rechts.

Solange ein Bürgerkrieg wütet, geht naturgemäß Macht vor Recht. Das liegt im Begriffe des Krieges. Es mag auch angängig und sogar notwendig sein, zur Beruhigung des eigenen Gewissens und zur Dokumentierung der Güte der eigenen Sache unvermeidliche Gewaltakte mit dem Mantel des Rechtes zu decken. Will aber eine revolutionäre Regierung in der Völkerfamilie anerkannt werden, so darf sie sich nicht mehr darauf berufen, daß sie der Schreckensherrschaft zur eigenen Erhaltung bedürfe. Ein Verkehr ist nur zwischen den Nationen möglich, die den Grundsatz annehmen, den die große französische Revolution aus den Menschenrechtserklärungen der Amerikaner übernahm, das Wohlergehen der Bürger ruhe auf der Gerechtigkeit, und sich dem alten Spruche beugen wollen: justitia fundamentum regnorum, das Recht ist die Grundlage der Staaten.

Der letzte Verhandlungstag.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

nb **Moskau**, 3. Juli.

Der Schlußtag des Prozesses gegen die deutschen Studenten begann mit der Verteidigungsrede Kindermanns, die etwa vier Stunden dauerte, da jeder Satz ins Russische übersetzt wurde. Kindermann schilderte ausführlich seinen deprimierten physischen wie psychischen Zustand im Gefängnis. Er habe ganz unter dem Einfluß des in seine Zelle gesetzten Lockspitzels Baumann gestanden, unter dessen Druck er seine ihn belastenden Aussagen gemacht habe. Die Gifte, die als corpus delicti am Richtertisch fungieren, seien nachträglich zur Stützung der Anklage hineingelegt worden. Wolscht verzichtete darauf, eine Verteidigungsrede zu halten und erklärte, die Antwort auf die Anklage würden andere Leute an anderer Stelle geben.

Staatsanwalt Krylenko legte diese Erklärung Wolschts als Drohung aus und betonte, daß „eben deshalb" die erste festgenommene faschistische Expedition physisch vernichtet werden müsse, damit die Nachfolger ihr Schicksal kennen.

Im Schlußwort ruft Kindermann: „Möge der Staatsanwalt den Justizmord vollenden!", und Wolscht bringt den alten Satz vor: „Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor." Dittmar klagte über die „deutsche käufliche Presse", die seinen Namen schände und erklärte, obwohl er jetzt auf der Plattform des Kommunismus stehe, bitte er doch nicht um Gnade.

Gegen das Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig, den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einhändigung des Urteils ein Gnadengesuch beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion einzureichen.

Straßenkämpfe in Tanger.

In Tanger ist es zu Straßenkämpfen zwischen Streikenden und der von französischen und spanischen Offizieren befehligten Eingeborenenpolizei gekommen. Die Streikenden versuchten, französische Geschäfte und Banken, die trotz der Anweisung der lokalen Regierung während des Streiks nicht geschlossen hatten, durch Zerschießen der Fensterscheiben und durch andere Gewalttaten zu schädigen.

Curzons Nachfolger in Oxford.

An Stelle des verstorbenen Lord Curzon ist der Lordkanzler des Kabinetts Baldwin, Lord Cave, mit 987 gegen 441 Stimmen, die auf Lord Asquith entfielen, zum Kanzler der Universität Oxford gewählt worden.

Gespräch mit Papanastasiu.

Von unserem Sonderberichterstatter.

m **Athen**, 2. Juli.

Die Lage erscheint von Tag zu Tag ruhiger. Der Obmann der republikanischen Union, Papanastasiu, der die jüngste revolutionäre Bewegung in ein parlamentarisch-konstituiertes Gleise zu bringen sucht, erklärte Ihrem Sonderberichterstatter, daß ausschließlich politische Motive die kleinste Rolle in dieser Revolution gespielt hätten. Die Revolution sei ausgebrochen, weil die Offiziere die Republik für gefährdet hielten, da sie in Michalakapulos einen allzu schwächlichen Republikaner erblickten. Fragen der äußeren Politik seien nur insofern in Betracht gekommen, als die Revolutionäre der Meinung waren, daß die innere Schwäche des Ministerpräsidenten Michalakapulos die Beziehungen Griechenlands zum Völkerbund, zur Türkei und besonders zu Südslawien schädigen und den Grund der Nichterfüllung aller griechischen Wünsche bildet. Die außenpolitische Bedeutung der neuen Lage besteht für Griechenland darin, daß eine innen gekräftigte Regierung auch nach außen hin bewußt auftreten könne. Eine Aenderung der Außenpolitik Griechenlands sei nicht beabsichtigt. Einer der Hauptwünsche der griechischen Armee und der Bevölkerung sei die Erneuerung des Bündnisses mit Südslawien und die Anknüpfung neuer freundschaftlicher Beziehungen mit allen Balkanstaaten.

l **Athen**, 3. Juli.

Der italienische Unterstaatssekretär für Aeußeres, Grandi, wird morgen aus Konstantinopel in Athen erwartet. Dieser Reise wird in diplomatischen Kreisen große Bedeutung beigemessen, da man von ihr erwartet, daß die Beziehungen zwischen Griechenland und Italien, die sich schon in den letzten Monaten wesentlich gebessert haben, nunmehr endgültig geregelt werden können, um eine Entente zwischen den beiden Staaten herbeizuführen. Außenminister Rentis erklärte, daß der neue Gesandte für Angora, Argyropoulos, sogleich auf seinen Posten nach Angora abgehen werde, damit zwischen der Türkei und Griechenland gute Beziehungen hergestellt werden. Rentis strebe auch eine griechisch-türkische Entente an.

Der Gesandte von England und das diplomatische Korps haben dem Ministerpräsidenten Pangalos einen offiziellen Besuch abgestattet. Diese Anerkennung des neuen Kabinetts durch die fremden Mächte hat nach der Vertrauenskundgebung des Parlaments die Stellung der neuen Regierung außerordentlich gefestigt.

Deutschland zwischen Ost und West.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

c **Paris**, 3. Juli.

Im Zusammenhang mit den Erklärungen Tschitscherins befaßt sich der Senator Henry de Jouvenel mit der kommunistischen Gefahr. Er erklärt, die Bolschewisierung stehe nahe vor der Tür und mache eine Einigung Europas gegenüber dieser Gefahr außerordentlich notwendig. Eine besondere Rolle im Kampfe gegen den Bolschewismus komme Deutschland zu. Wenn Deutschland, das augenblicklich noch zögere, sich nach Moskau wende, werde der Rhein die Grenze Asiens werden. Jouvenel erklärt, daß sowohl Chamberlain wie Briand die bolschewistische Gefahr erkannt hätten und ebenfalls erkannt hätten, daß man Deutschland vom Bolschewismus fernhalten müsse. Deshalb seien die Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitsvertrages von außerordentlich schwerwiegender Bedeutung. Deutschland schwanke immer noch zwischen der Hoffnung, aufs neue einen siegreichen Krieg beginnen zu können, und der Furcht, bei dieser Gelegenheit, dem Kommunismus bei sich die Türe zu öffnen. Die Aussicht auf eine Revanche sei vielleicht geeignet, ihm die Aussicht auf eine Revolution annehmbar zu machen. Der Katastrophengeist der Nationalisten drohe wieder einmal dazu zu führen, daß Deutschland den gesunden Verstand verliere.

Deutschland könne nicht mehr lange sozusagen „neutrales Gebiet zwischen Europa und Asien" bleiben. Entweder müsse Deutschland in den Völkerbund eintreten oder es müsse notwendigerweise das europäische Instrument des Panslawismus werden. Es sei nun die Frage, was Deutschland vorziehe. Diese Frage hätten Briand und Chamberlain Deutschland klargelegt, indem sie von ihm die Unterzeichnung des Sicherheitspaktes verlangten. Deutschland müsse sich heute für den Frieden oder für den Umsturz endgültig entscheiden.

Warschauer Tagung der Völkerbundsligen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wst **Warschau**, 1. Juli.

Heute beginnt hier der 9. Kongreß der Internationalen Union der Freunde des Völkerbundes. Die erste Plenarsitzung findet erst am Sonntag statt, aber heute beginnen bereits die Sitzungen der Kommissionen. Sämtliche Sitzungen finden im Gebäude der Warschauer Regierung statt.

Da nach den Satzungen der Union eine gesonderte Vertretung der völkischen Minderheiten zulässig ist, hat auch die deutsche Minderheit in Polen Antrag auf Aufnahme gestellt. Die Minderheitenfrage wird überhaupt jetzt im Vordergrund der neunten Tagung stehen. Die Arbeiten der dritten Kommission sind ihnen ausschließlich gewidmet. Sie wird über die Vorschläge zur Kodifizierung und Universalisierung des Minderheitenrechts beraten, ferner über das Fremden- und Staatsbürgerrecht, besonders in den neu gegründeten Staaten, endlich über die von südslawischer Seite zur Sprache gebrachten Fragen des numerus clausus.

Ein großer Teil der aus verschiedenen Staaten erwarteten Vertreter ist bereits eingetroffen, so für England Willoughby Dickinson, Sir Walter Napier, Kapitän Lothian Small, für die Vereinigten Staaten Theodor Warburg, für Belgien von Oberbeeken, aus der Schweiz Dolfuß, aus Bulgarien Prof. Moloß, aus Griechenland Prof. Andreades. Die deutsche Delegation trifft heute ein. Angemeldet ist das Kommen von Graf Bernstorff, Prof. Jäckh, Regierungspräsident a. D. Dr. Junghahn, Frl. Dr. Rotbarth und Dr. Ribben. Aus Frankreich sind angekündigt Prof. Aulard und René Cassin.

Skrzynski über den „Wirtschaftskrieg"

Der polnische Außenminister Graf Skrzynski empfing bei seinem gestrigen Aufenthalt in Berlin einen Vertreter der „B. z. am Mittag". Er äußerte sich dabei über den „Wirtschaftskrieg" zwischen Deutschland und Polen, und betonte, daß die Verhandlungen nicht endgültig abgebrochen seien, sondern in Berlin weitergeführt werden, und daß er ein provisorisches Handelsabkommen erhoffe. Skrzynski begibt sich, wie bekannt, nach Amerika, um am Williams-Town-Institut, an dem vor zwei Jahren Graf Harry Keßler, der erste deutsche Gesandte in Polen, und im vorigen Jahre Professor Bonn wirkten, Vorlesungen über europäische Politik zu halten. Die Anlehe-Angelegenheit ist, wie der polnische Gesandte in Berlin mitteilt, bereits geregelt.

Radio-Woche.

Vom gesprochenen Wort. — Resi Langer, Dieterle

Hoffmann-Harnisch. — Mafalda Salvatini.

Busoni hat sich einmal in einer kurzen Skizze die „Nachteile des Sehenden" ausgemalt, angeregt durch einen Zeitungsbericht, nach dem ein blind geborenes Mädchen durch eine Operation sehend wurde und nun verzweifelt war, durch die Augen so viel Häßliches wahrnehmen zu müssen. Er suchte sich den Zustand des Menschen vorzustellen, der von dem schützenden Leben abgeschlossen ist, und fand, daß er in einer reineren und vollkommeren Welt existiert. „Als Blinder," so schreibt er, „taucht er entzückt dem Gesange. Wie sehr muß es ihn aber abstoßen, einen Menschen singen zu sehen! Man denke, wie dem Blinden der Orchesterklang ein Ganzes und Ungeteiltes ist, das ihn schwingend umschmeichelt und beherrscht. Und man vergegenwärtige sich seinen Abscheu, ein Orchester in sichtbarer Tätigkeit zu schauen!"

Nun, diese Nachteile des Sehenden hat der Radio-Zuhörer überwunden und dafür die Vorteile einer Blindheit eingetauscht, von der er allerdings Gott dankt, daß sie nur zeitweilig dauert. Aber je weniger er sie als Mangel empfindet, je mehr sie einen Zwang zu innerster Konzentration und intensivster Wachheit bedeutet, desto vollkommener wird das, was er hört, dem Wesen des Radio angepaßt sein.

Bei Resi Langer bedauert man, daß man sie nicht sieht. Erstens überhaupt, und zweitens, weil sie so sehr gewohnt ist, das gesprochene Wort durch Mimik und Gebärde zu nuancieren und zu begleiten, daß sie für offenbar schwer fällt, eine solche polyphone Wirkung, bei der auf mehreren Instrumenten gleichzeitig gespielt wird, in einer monodischen zu sammeln, bei der es nichts gibt als die Stimme und das Wort. Was sie an Mitteln einer fein differenzierenden Ironie und einer charmanten Pointierungskunst zur Verfügung hat, das ist nur zum Teil in die Sprache gebannt. Um es hörbar werden zu lassen, dazu bedarf es bei ihr eines Umsetzungs- und Transponierungsvorganges, der nicht immer gelingt. Und man glaubt zu spüren, daß die Stimmheit des Auditoriums sie hemmt und ihr die schöpferische Stimmung verdirbt oder wenigstens erschwert. Sie sprach an einem Abend, an dem einige nicht uninteressante, charakteristische Stücke des Biedermeierhumors zusammengestellt waren, Gedichte von Kopisch, Scheffel, Holtei, Eichrodt. Modellierung des Satzgefüges, Rhythmik, Tempo und Dynamik als eigengesetzliche Wirkungsmittel, die für sich allein den Ausdruck tragen, all das wird für sie an Bedeutung gewinnen müssen, wenn sie wieder im Radio spricht.

Wilhelm Dieterle, der an einem anderen Abend Anekdoten von deutschen Erzählern brachte, ist ein guter Sprecher, weiß dem Worte Plastik und Kraft zu geben. Solange er sich in seinem eigensten Gebiet des Männlich-Starken hält, ist er suggestiv; aber die Anekdote fordert häufig eine Beweglichkeit, eine Modulationsfähigkeit der Stimme und der Sprachmelodie, die ihm abgeht. Der sonore Klang des großkalibrigen Organs kann sich zum Ausdruck der Mächtigkeit steigern, aber ist von der Gefahr der Monotonie bedroht. Um ihn ist etwas von der Atmosphäre der Bühne, und unsichtbare Rüstungen klappern gelegentlich eine eigenartige Begleitmusik zu seinen Worten.

Wenn so das gesprochene Wort häufiger als sonst an unser Ohr schlägt und wiederum ein wichtiges Faktum des geistigen Lebens zu werden beginnt, so ist es naheliegend, hier einmal systematisch alle Möglichkeiten durchzudenken und den Umriß der geschichtlichen Entwicklung darzustellen. Wolfgang Hoffmann-Harnisch machte diesen interessanten Versuch. Man wird von Vorträgen dieser Art eine ganz bestimmte Form fordern müssen, in der prägnant, knapp und in einer den Hunderttausenden verständlichen und dabei substantiellen Ausdrucksweise das Wesentliche herausgemeißelt wird. In diesem Fall, bei Breite des Themas, eine besonders schwierige Aufgabe, um so mehr als der Redner in der kurzen Zeit auch eine Reihe von Beispielen zeitierte, in denen er Haupttypen des gesprochenen Wortes kennzeichnen wollte. Aber hier hätte er das Prägnanteste geschickter auswählen müssen, als es geschah. Freilich ein Stück Odyssee, das er deutsch und griechisch sprach, repräsentierte den Prototyp des Epos, ein Stück aus einer Rede Bismarcks die politische Rede; aber ein mittelmäßiger Versuch, Volkers Spielmannslied aus den „Nibelungen" musikalisch zu untermalen, kennzeichnet nicht die Rhapsodie, Fontanes anekdotische Visionen „Auf der Treppe von Sanssouci" nicht die Ballade und ein Totentanz von Franz Karl Endres schon ganz gewiß nicht. Die Verschiedenheit der Formen hätte sprachlich charakterisiert werden müssen: das breite gleichmäßige Strömen des epischen Verses, die rhapsodische Freiheit der Ballade, die von Gedanken beherrschte Diktion der Rede, die absolute Wortmusik des Gedichts. Hoffmann-Harnisch deklamierte mehr, als daß er die eigenen sprachlichen Gesetze jedes Gebildes darstellte; und seine scharf Randierende, den Rhythmus zuungunsten der andern Elemente bevorzugende Art wurde nicht dem Wohllaut und der Ebenmäßigkeit des griechischen Homer, nicht der Kraft des deutschen, nicht dem Klangwunder eines Hölderlinschen Gedichtes gerecht.

Von den musikalischen Darbietungen der vorigen Woche ist ein Konzert Mafalda Salvatinis und Dirk Magros zu erwähnen, bei dem ein schönes Programm seltener gehörter Arien zusammengestellt war. Beide Künstler hatten diesmal Mühe, sich der Eigenheit des Radio anzupassen. Die Sängerin schien stimmlich unfrei, und der klangvolle Baß des Sängers, der schon häufig in Sendespielen hervorgetreten ist, zeigt sich dem wechselnden Ausdruck einer aus dem Zusammenhang gerissenen Opernarie schwer gefügig.

Eine schöne Tenorstimme von sinnlich einschmeichelndem Klangreiz, die von einem liebhaften, liebenswürdigen Gefühl durchwärmt ist, brachte an einem anderen Abend Enrico Regattieri in Opernarien und Walzermelodien zur Geltung.

Frank Warschauer.

„Die Pfarrhaustomödie" im Renaissance-Theater.

Daß man ihn nicht vergessen hat, sechs Jahre nach seinem Tode, diesen Heinrich Lautensack, seltsamen Famulus unseres Wedekind, daß man ihn wieder spielt, bei Tagger, mittelmäßig, aber wieder spielt — es ist beinahe wie ein Beweis für Einen, der noch lebt. Ist das schon Vorzug in mißmutigen Theatertagen, eins ist gewiß: daß er wirklich so etwas war wie ein deutscher Komödienschreiber, nicht mehr, nicht weniger, kein „Dichter" etwa, nicht mal ein „Kerl", und wenn er einer der Unsern wäre, man würde ihm kaum die Freude machen, ihn auszupfeifen. Aber, er kannte das Theater, wie wenig andere, und dies Stück, das man gestern (ohne die Höflich, die es einst zum Ereignis machte) wiederfah, hat Exposition, hat Aufbau, hat Ende. Ein Ende allerdings mit starken Längen, mit gehäuften Effekten mit Peinlichkeiten — die nicht im Thematischen, sondern im Mangel an feglicher Hemmung durch den verläßlichen Takt alles wahrhaft Schöpferischen liegen, der, selbst bei stärkstem Temperament, jene Balance der Form schafft, die des Dichters ist.

Dennoch, mit all ihren Derbheiten ist diese „Pfarrhaustomödie" Triebstück Wedekindschen Geistes (nicht seiner Geste, die herrlich war, in der Farce des Tragischen), viel zu verantwortlich im Wissen um das Menschliche, als daß es die Grellheit eines Milieuschwanks verdiente. Was Paul Max, dem Regisseur, nicht gelang, war die Dämpfung einer Deutlichkeit, die dem merkwürdignachgeborenen Realismus des Stückes entspringt.

Die Köchin Irma, die, dem Beispiel ihrer Kollegin Ambrosia folgend, im Pfarrhaus Mutter wird, war Leonie Duval. Sie war sicher im Mimischen, in ein paar Szenen sogar mehr als gut, wenn auch störend im Gebrauch eines felddsterdunnen Dialekts. Auch Franz Sondingers Leistung (er gab den Kooperator) erhob sich, allerdings höchst selten, über das Niveau eines Juli-Theaters, das die andern (die Darsteller des Pfarrers und jenes „Umbrosia") kräftigst betonten. H. L—g.

Ein zweiter Lehrstuhl für Anglistik in Berlin.

Der ordentliche Professor der englischen Sprache und Literatur an der Wiener Universität Hofrat Dr. Karl Luick hat einen Ruf an die Berliner Universität erhalten. Der bekannte Anglist ist 1865 in Wien-Florisdorf geboren, studierte in Wien, hauptsächlich unter Schipper, Brandl, Heinzel, E. Schmidt, Minor und Mussafia, und erwarb 1890 den Doktorgrad. Dann unternahm er eine Studienreise nach England und Frankreich, war nach seiner Rückkehr als Privatlehrer tätig und habilitierte sich Ostern 1891 an der Wiener Universität. Zwei Jahre später wurde Luick Extraordinarius in Graz, erhielt dort später die Ernennung zum Ordinarius und lehrte 1906 nach Wien zurück. Prof. Luick gehört der Akademien der Wissenschaften in Berlin und Wien als Mitglied an. Er ist

Bis früh um acht.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

s **Paris**, 3. Juli.

Die Kammer hat nach einer Nachtsitzung, die bis 7½ Uhr morgens dauerte, die Budgetvorlage verabschiedet. Einen breiten Raum nahm in der Diskussion während der Nacht die Verabschiedung des Artikels über die Warenumsatzsteuer ein. **Finanzminister Caillaux versuchte vergeblich die Befreiung des Nahrungsmittelkleinhandels von der Warenumsatzsteuer, welche die Finanzkommission vorgeschlagen hatte, zu verhindern.**

Mit 292 gegen 257 Stimmen wurde die von dem Deputierten Lemire beantragte Abtrennung des Artikels verworfen und nach einer längeren Rede des Präsidenten der Finanzkommission, Vincent-Auriol, der Text der Kommissionsfassung, nach welchem von der Warenumsatzsteuer der Nahrungsmittelverkehr und sämtliche Detaillisten befreit werden, soweit sie nicht mehr als drei Angestellte beschäftigen und es sich nicht um Geschäfte mit Luxusartikeln handelt, angenommen.

Finanzminister Caillaux hatte die Abtrennung des Artikels ebenfalls unterstützt, hatte aber die Vertrauensfrage nicht gestellt. Auch der Senat hatte sich gegen die Befreiung des Nahrungsmittelkleinhandels von der Umsatzsteuer ausgesprochen, da sie ein Defizit von 240 Millionen Franken im Budget herbeiführen würde. Die Kammer vertagte sich daraufhin auf Dienstag.

Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird die neue französische wertbeständige Anleihe voraussichtlich am 20. 7. zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Zeichnungsfrist soll etwa bis Ende August laufen.

Heute vormittag findet im Elysée ein Ministerrat statt, in dem der Finanzminister Caillaux Bericht erstatten wird über die Beratungen zur Ausstattung und Auflegung der neuen wertbeständigen Anleihe. Die Morgenpresse läßt voraussehen, daß in diesem Ministerrat endgültige Beschlüsse über die Anleihe gefaßt werden.

Der Turkmenen-Aufstand.

Persische Anklagen gegen Moskau.

Bei den diplomatischen Vertretungen Persiens sind Berichte über die mit dem jüngsten Turkmenenaufstand zusammenhängenden Vorgänge eingelaufen, die im wesentlichen Beschuldigungen gegen die russischen Sowjet-Behörden enthalten. Danach sind von den Russen die Vereinbarungen des russisch-persischen Vertrages in vielen Punkten verletzt worden, ohne daß persische Bemühungen um eine Beilegung bisher Erfolg gehabt hätten. Im einzelnen handelt es sich um Angriffe auf persische Grenzposten, um die Errichtung russischer Posten auf persischem Boden und um die Ableitung des einzigen Wasserlaufs, durch den drei persische Dörfer an der Grenze von Chorassan versorgt werden. Besonders dieser letztere Fall von Vertragsverletzung habe schwere wirtschaftliche und hygienische Nachteile hervorgerufen und zu herzzerreißenden Hilferufen der armen Bewohner der trockengelegten Dörfer an die persische Regierung geführt. **Der Aufstand der Turkmenen von Bedjnound, die in Stärke von 3000 Mann mit roten Fahnen gegen die persischen Behörden vorgingen und sogar die heilige Stadt Meschhed einzunehmen versuchten, sei unzweifelhaft auf Sowjet-Propaganda zurückzuführen. Auf Beschwerden Teherans ist von Moskau bisher stets in ausweichender und dilatorischer Form geantwortet worden.**

Handelspolitische Verhandlungen Paris-Moskau.

Wie der „Matin" mitteilt, ist der ehemalige französische Handelsminister Raynaldy mit einer bedeutsamen Mission auf handelspolitischem Gebiete für Rußland beauftragt worden. Raynaldy werde dieser Tage nach Moskau abreisen.

Herausgeber der „Wiener Beiträge zur englischen Philologie". Seine Veröffentlichungen bewegen sich hauptsächlich auf dem Gebiet der englischen Sprachgeschichte und Grammatik. Luick veröffentlichte auch Arbeiten aus der englischen Literaturgeschichte, der deutschen Dialektkunde und der Phonetik.

Eckener Ehrenmitglied der Universität Würzburg. Die Universität Würzburg ernannte Dr. Eckener anläßlich eines Vortrages, den der Zeppelinführer über seine Amerikafahrt in Würzburg hielt, zum Ehrenmitglied und verlieh ihm die Ehrenmedaille in Silber.

Walter Gropius' Nachfolger. Schon vor längerer Zeit wurde in der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt, daß der Berliner Architekt Dr. Otto Bartning als Nachfolger von Walter Gropius in der Leitung des von diesem begründeten Weimarer Kunstinstituts in Aussicht genommen sei — des Instituts, dessen kaum mehr vorhandene Fragmente die regierenden Herren in Thüringen, obwohl sie Gropius' Schöpfung zerschlagen haben, munter weiterhin als „Bauhaus" bezeichnen. Wie unser Korrespondent in Weimar mitteilt, ist nunmehr zwischen Bartning und den Vertretern der Thüringer Behörden ein Einverständnis erzielt worden. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung des Gesamtministeriums, die nächste Woche erwartet wird.

Herriot als Liedersänger. Als der jetzige Kammerpräsident Herriot noch in die Ecole Normale Supérieure in der Rue d'Ulm ging, hatte er eines Tages einen heftigen Strauß mit seinem damaligen Direktor, Herrn Perrot. Herriot hatte in einer kleinen Studentenkneipe „La Guitarre" ein von ihm verfaßtes Lied gesungen, dessen Refrain auf Deutsch ungefähr heißen würde:

Und ging ich in den Reichstag hinein:
Da müßte ich ja aus Herzfelde sein!
Na, so dumm!
Tideldidum!"

Der Direktor stellte ihn zur Rede. „Statt daß Sie hier unser Parlament verhohnepipeln, gehen Sie lieber mal an einem Ihrer freien Tage hinein und sehen Sie sich eine Sitzung an! Sie werden dann mit anderen Ideen wieder herauskommen." „Was!" sagte Herriot. „In diese Bude soll ich gehen? Lieber will ich relegiert werden . . ." Er ist nicht relegiert worden. Und er ist hineingegangen.

Vorträge. Otto Corbach spricht im Freiproletarischen Jugendkartell Berlin im Bund freier sozialistischer Jugend am Mittwoch, dem 8. Juli, abends 7.45 Uhr, Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 55, I., bei Maas, über „Weltwirtschaftliche Perspektiven".

Kunstnachrichten. Anläßlich des 100. Todestages von Jean Paul am 4. November wird auf dem Schloßplatz in Hof, wo der Dichter lange Jahre gelebt und gearbeitet hat, ein Denkmal enthüllt worden. Es erhält die Form eines Brunnens mit dem Bronzerelief Jean Pauls und wird von Bildhauer Zannier ausgeführt.

Im Rahmen der Sonderausstellungen Deutscher Verleger bei Reuß u. Pollack ist eine Buchausstellung des Gebr.-Paetel-Verlag sowie der Verlagsbuchhandlung C. A. Schwetschke u. S. eröffnet worden.

Um die Chinakonferenz.

Der englisch-amerikanische Gegensatz.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, 3. Juli.

Kellogg hat einen kürzeren Sommerurlaub nach seiner Heimatstadt St. Paul angetreten und wird nicht vor Ende nächster Woche zurückkehren. Man darf daraus schließen, daß nicht nur in der Schuldenfrage, sondern auch in der chinesischen Frage augenblicklich keine Aenderungen erwartet werden. Englands Ablehnung, baldigst eine chinesische Kommission einzuberufen, wurde in Washington aufgenommen. Man ist offenbar zufrieden mit der Tatsache, daß die amerikanische Bereitschaft die chinesischen Sympathien stärkte, und überläßt England gern die Verantwortung, wenn die Situation wegen Nichtabhaltung solcher Konferenz schlimmer werden sollte.

whe **London**, 3. Juli.

In London berührt der englisch-amerikanische Gegensatz in der Behandlung der Chinafrage sehr unangenehm. Chamberlain hält an seinem starren Standpunkt fest und vertritt folgendes Verfahren gegenüber China: Die Zollkonferenz, die im Washingtoner Abkommen vorgesehen ist, darf erst zusammentreten, wenn in China wieder einigermaßen die Ruhe hergestellt ist. Dieser Konferenz soll es dann überlassen bleiben, ihre Tagesordnung über den vorgesehenen Vertrag hinaus auch auf die Probleme der fremden Niederlassungen in China auszudehnen. Kellogg ist hingegen entschlossen, den berechtigten Forderungen der Chinesen entgegenzukommen, um der bolschewistischen Agitation das Wasser abzugraben und einen Uebergang der nationalistischen Bewegung in China zu einer offenen Revolution gegen alle Fremden zu verhindern. Kellogg hat sich auch auf Grund zahlreicher Auskünfte amerikanischer Amtspersonen, Missionare und Kaufleute davon überzeugt, daß die englische Darstellung der Ereignisse in Ostasien mindestens als stark übertrieben und antichinesisch bezeichnet werden müsse. **Aus diesem Grunde hat Amerika mit Erfolg darauf bestanden, daß die Kommission, die die Ereignisse in Schanghai untersuchen soll, nur aus den Gesandten von Frankreich und Italien und dem amerikanischen Geschäftsträger besteht.** Damit ist von den Großmächten England, das auf scharfe Maßnahmen der Polizei in Schanghai gedrungen hat, und Japan, dessen Staatsangehörige als Besitzer der Baumwollfabriken die verhängnisvollen Streiks veranlaßten, ausdrücklich von einer Beurteilung der Vorgänge in Schanghai ausgeschlossen worden.

Von amerikanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung bereits seit Wochen von ihrem völkerrechtlichen Sachverständigen den Plan hat studieren lassen, jene ziemlich willkürlichen Bestimmungen über die Exterritorialität durch ein neues System zu ersetzen, wonach zwischen der chinesischen Regierung und den Großmächten ein bestimmter Kodex vereinbart wird, der für alle zivilrechtlichen Streitfälle und strafrechtlichen Delikte, an denen Angehörige der Großmächte beteiligt sind, Geltung haben soll. Es ist der Wunsch der amerikanischen Regierung, daß die Anwendung dieses Gesetzes zuerst von gemischten Gerichten, aus Europäern und Chinesen bestehend, und nach einer kurzen Uebergangszeit von den chinesischen Richtern allein, die vorher in solchen gemischten Gerichten ihres Amtes gewaltet haben, erfolge. Auf diese Art und Weise hofft man die volle Rechtssouveränität Chinas herzustellen.

Hier sind Meldungen im Umlauf, wonach der chinesische Gesandte in Washington, Szue, einer der bedeutendsten Juristen Chinas, der amerikanischen Regierung Vorschläge unterbreitet hat, wie die Exterritorialität beseitigt werden könne, ohne die berechtigten Interessen der Europäer in der Anwendung eines ihnen bekannten und ihnen verständlichen Rechts zu beeinträchtigen. Diese Anregung von Szue habe anscheinend den Ausgangspunkt des Auftrages der amerikanischen Regierung an ihren völkerrechtlichen Sachverständigen gebildet.

London, 3. Juli.

Reuter meldet aus Kanton: Hier wurde eine Sechzehnerkommission mit dem Sohne Sun-Yat-Sens als Minister für das Verkehrswesen gebildet, um die nationale Regierung zu übernehmen. Die ausländischen Konsuln, außer dem britischen und dem französischen, waren zu der feierlichen Einführung dieser Regierungskommission eingeladen, haben jedoch daran nicht teilgenommen. Der chinesische Zivilgouverneur hat die kürzlich überreichte Note des französischen Konsuls mit dem Bemerken zurückgesandt, daß es unmöglich sei, die gestellten Bedingungen, u. a. das Verbot von Umzügen längs des Flußufers im Fremdenviertel Shameen, zu erfüllen.

Der Pachtschutz bleibt.

Im Reichstag wurde gestern die Vorlage über die Verlängerung der Pachtschutzordnung in dritter Lesung verabschiedet. Die Entscheidung stand auf des Messers Schneide. Die landwirtschaftlichen Großbesitzer, die die Deutschnationale Partei beherrschen, laufen seit langem gegen die bald nach Kriegsende zum Schutze der Pächter erlassene Verordnung Sturm, die sie als ein „Ueberbleibsel der Zwangswirtschaft" hinstellen.

Im Ausschuß hatten die Regierungsparteien einen starken Abbau der Pachtschutzverordnung durchgesetzt, indem ein Antrag zum Beschluß erhoben war, wonach die jetzt neu geschlossenen Verträge nicht mehr unter die Bestimmungen der Pachtschutzverordnung fallen sollten. Dieser Ausschußantrag wurde gestern im Plenum beseitigt, so daß die bisherigen Bestimmungen in Geltung bleiben. **In namentlicher Abstimmung wurde mit 210 gegen 201 Stimmen bei 10 Enthaltungen die vom Ausschuß beschlossene Einschränkung abgelehnt.** Den Ausschlag gab das Zentrum, von dem ein großer Teil unter Führung des Arbeitsministers, dem sich die kleinbäuerlichen Abgeordneten angeschlossen hatten, mit den Demokraten und Sozialdemokraten stimmten.

Zweierlei Universitätsgeist.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Tübingen**, 3. Juli.

Bei einer Versammlung der Gewerkschaften, auf der Privatdozent Dr. Gumbel sprechen sollte, wurde die Rede Gumbels durch den „Hochschulring deutscher Art" verhindert. Die dann in dem Vorort Lustnau fortgesetzte Versammlung verlief zunächst ruhig. Bald marschierten aber Studentenmassen an und belagerten das Lokal. Es wurden Fensterscheiben eingeworfen, Schüsse fielen, und schließlich kam es zu einem erbitterten Kampf, wobei es mehrere Verwundete gab.

✱

Immerhin: dieses ist der eine Geist. Die Meinung besteht also nicht zu Unrecht, daß die Universitäten nicht gerade Hochsitze moderner Gesinnung sind. Aber es gibt Ausnahmen. So hängt seit kurzem am schwarzen Brett der Universität Hamburg ein Ukas des Rektors, des Juristen Laun, in dem er dazu Stellung nimmt, daß Studenten Beschäftigung bei Firmen angenommen haben, deren Arbeiter wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten sind. Mit Berufung auf die Disziplinarordnung der Universität weist der Rektor darauf hin, daß jede mehr als achttägige Abwesenheit von der Universität der Erlaubnis des Rektorats bedürfe. Nicht genug mit diesem deutlichen Wink, scheut der bekannte Jurist sich nicht, „seine Meinung" zum Ausdruck zu bringen, daß solche streikbrecherische (so wörtlich am schwarzen Brett!) Arbeit das Ansehen und die Stellung der akademischen Bürger schwer gefährden könne. Auch die Hamburger Studentenschaft scheint modernen Gedanken zuzuneigen. So wendet sich, in Nr. 3 der Hamburger „Universitäts-Zeitung", ein Studierender der Rechtswissenschaft in einem scharf und gut geschriebenen längeren Artikel gegen einen Aufsatz des hiesigen Geographen Professor Passarge, der im vorigen Jahr in derselben Zeitung erschienen war und den Krieg verherrlichte. In diesem Aufsatz begründet der Student zugleich die innere Notwendigkeit pazifistischer Bewegungen. Es ist ein erfreuliches Zeichen beginnender Gesundung auf deutschen Universitäten, daß eine offizielle Studentenzeitschrift solchen sachlichen Diskussionen Raum gibt. In den beiden Vorfällen, die hier erzählt wurden, offenbart sich akademischer Geist, wie er auf die Dauer hin überall wieder zum Durchbruch kommen wird.

Keine Reichsflagge für die Förstereien

Eine charakteristische Abstimmung fand beim Haushalt der Forstverwaltung im preußischen Landtag statt. Es wurde über einen Antrag entschieden, wonach sämtlichen Oberförstereien und Förstereien die Reichsflagge geliefert werden sollte. Der Antrag, der im Hauptausschuß angenommen war, wurde im Plenum abgelehnt. Gegen ihn stimmten außer den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei auch das Zentrum.

Zusammenbruch des Barmat-Rummel in Sachsen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Dresden**, 3. Juli.

Der sächsische „Barmat-Ausschuß" nahm heute einstimmig einen Antrag der beiden Berichterstatter an, worin festgestellt wird, daß die Geschäfte zwischen der sächsischen Regierung bzw. dem früheren Wirtschaftsminister Schwarz und den Barmats keinerlei Anlaß zu einer Bemängelung geben. Der kommunistische Vertreter enthielt sich der Abstimmung. Ein kommunistischer Antrag, den sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, seines Amtes wegen seiner Vermittlungstätigkeit den Barmats gegenüber zu entheben, wurde gegen die Stimmen des Kommunisten abgelehnt.

Die Kommunisten gegen Stinnes-Kredite.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat beantragt, der Preußischen Staatsbank zu untersagen, den Stinnes-Unternehmungen irgendwelchen Kredit einzuräumen, ferner dahin zu wirken, daß die Stinnes-Unternehmungen enteignet und in Staatsregie und unter Kontrolle der Betriebsräte weitergeführt werden.

Dieser Antrag wurde vom Landtag dem Hauptausschuß überwiesen, der sich voraussichtlich heute damit beschäftigen wird. Die Abschwächung an der gestrigen Börse wird zum Teil auf diesen Antrag zurückgeführt, da man befürchtet, daß die Abwicklung des durch die Staatsbank dem Bankkonsortium zur Stützung der Stinnes-Unternehmungen eingeräumten Lombard-Kredites dadurch beeinflußt werden könnte.

Festsetzung der Gewerbesteuer.

Im Preußischen Landtag wurde gestern der Gesetzentwurf über die Festsetzung der Vorauszahlung auf die Gewerbekapitalsteuer für 1925 und über Aenderungen der Verordnung vom 23. November 1923 über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer in dritter Lesung endgültig angenommen. Nach dem Gesetzentwurf soll für 1925 das Gewerbekapital nach dem Stande vom 31. Dezember 1924 bzw. nach dem Stande am Schluß des im Kalenderjahre 1924 endenden Geschäftsjahres veranlagt werden. Die Bewertung soll nach dem für die Reichsvermögensteuerveranlagung 1924 geltenden Bestimmungen erfolgen.

74 Millionen Mark Stromabsatz.

Bewährte Selbständigkeit.

Das dünne braune Heftchen betitelt: Geschäftsbericht der Berliner Städtische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft (Bewag) für das Geschäftsjahr 1924, rührt die Erinnerung an böse, glücklicherweise vergangene Zeiten auf. An die Monate des tollsten Inflationswirbels, als eines schönen Tages die Berliner Straßenbahn ihren Betrieb fast einstellte, und die Stadtväter sich zu dem Entschluß durchrangen, den städtischen Unternehmungen: neben der Straßenbahn, den Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerken Selbständigkeit zu geben. Ehe freilich der Entschluß durchgeführt, die Gründung der neuen Gesellschaften vollzogen war, war die unmittelbare Ursache der Verwandlung die unruhige Mark, beseitigt, das Stabilisierungswerk geglückt.

Am 8. Dezember 1923 begann die Bewag ihren Betrieb. Dürftig war die Mitgift der Stadt. Das Eigentum an den wertvollen Anlagen — auf mehr als 120 Millionen Mark werden sie geschätzt — hatte sich Berlin vorbehalten. Wenig Forderungen und geringe Vorräte, dafür bereits eine ansehnliche Schuldenlast war vorhanden. An wirklichem Vermögen blieben kaum 3 Millionen Mark. Wenn gleichwohl das Aktienkapital auf die respektable Höhe von 15 Millionen Mark gebracht wurde, so gelang das nur durch die Einrichtung eines Kapitalentwertungskontos von 12 Millionen M., eines Kontos, das ausdrückt, was an Kapital bisher fehlt, aber in Zukunft einmal kommen soll.

Heute, oder vielmehr am 31. Dezember 1924 ist das Bild schon ganz anders geworden. Die Hälfte des Kapitalentwertungskontos ist getilgt, die Materialienvorräte sind auf fast 4 Millionen Mark aufgefüllt. Die Bewag ist großer Effektenbesitzer geworden, fast 8 Millionen Mark Wertpapiere und Beteiligungen (leider erfährt man nicht, welche) nennt sie ihr eigen. Und während sie ihre Schulden nicht wesentlich vermehrt hat — sie betragen 4,7 Millionen Mark — hat sie fast 11 Millionen Mark Kredite gewährt, und verfügt zudem noch über mehr als eine Million Mark Kassenbestand und Bankguthaben. Das häßliche Kapitalentwertungskonto hätte bereits ganz beseitigt werden können, wenn nicht fast 8 Millionen Mark gemäß dem Pachtvertrage mit der Stadt Berlin für Erneuerungsbauten zurückgestellt werden mußten und die Verwaltung aus freiem Willen weitere 2 Millionen Mark für außerordentliche Erneuerungen und für eine Pensionsrücklage beiseite gelegt hätte.

Die Bewag hat also recht rentabel arbeiten können. Für 74 Millionen Mark Strom hat sie verkauft, davon freilich nur ein knappes Drittel selbst erzeugt, den Rest überwiegend aus Zschornewitz und Trettendorf von den Elektrowerken bezogen. An diesem Strom hat sie 28 Millionen Mark verdient, wenn man die Unkosten und die reichlichen Abschreibungen abzieht, fast 20 Millionen Mark. 3,7 Millionen Mark hat sie Pachtzins an die Stadt zahlen müssen, die 5 v. H. vom Stromvertrag erhält. Der reine Gewinn macht also immer noch mehr als 20 v. H. des Strompreises aus.

Wem ist nun das gute Ergebnis zu verdanken, der tüchtigen Verwaltung oder der wirtschaftlichen Entwicklung? Offenbar beiden. Wenn die Zahl der Stromabnehmer um etwa ein Viertel, die der Hausanschlüsse um mehr als ein Viertel gestiegen ist, wenn der gesamte Stromverbrauch von 436 Millionen Kilowattstunden 1923 auf 462 Millionen zugenommen hat, so sind das mutmaßlich natürliche Wachstumserscheinungen. Aber ob sie in gleichem Umfange eingetreten wären, wenn nicht der Niederspannungstarifsatz im Oktober kräftig ermäßigt worden wäre, und sich zudem die Verwaltung durch rege Werbetätigkeit um ihre *Kunden eifrig bemüht hätte, ist doch mindestens fraglich.* Andererseits hat auch die Leitung durch kräftigen Abbau in einzelnen Abteilungen die Unkosten kräftig zu senken vermocht. Die Zahl der Angestellten wurde von 1603 auf 1336 herabgesetzt; in der an Personal größten kaufmännischen Abteilung wurden 40 v. H. entlassen, dagegen führte die große Zahl der Neuanschlüsse in der Verkehrsabteilung zu einer Vermehrung um fast 100 Köpfe. Auch die Arbeiterzahl hat um 12 v. H. auf 2546 zugenommen.

Der größte Stromabnehmer der Bewag ist die Berliner Straßenbahn gewesen, sie hat fast 62 Millionen Kilowattstunden im Werte von etwa 10 Millionen Mark verbraucht. Daß sich die Stadt in ein besseres Licht gesetzt hat, war weniger kostspielig. Die 6721 Glühlampen und 350 Bogenlampen, die Ende des Jahres in Betrieb waren und damit 97 v. H. der Friedensbeleuchtung verbreiteten, verbrauchten nur 4,5 Millionen Kilowatt, also wenig mehr als 700 000 Mark. Die Bewag möchte, was wohl von allgemeinem Interesse ist, die elektrische Kraftdroschke, freilich in der zeitgemäßen Form des Kleinautos, wieder eingeführt sehen. Diese Kraftdroschken könnten zur Nachtzeit geladen werden und die dann brachliegende Erzeugungskraft der Werke besser ausnutzen helfen.

Die Zunkunft der Bewag sieht freundlich aus. Der Stromverbrauch ist gerade gegen Ende des vergangenen Jahres stark gestiegen, und man kann wohl annehmen, daß das neue Jahr einen neuen Stromrekord liefern wird. Um allen Anforderungen gewachsen zu sein, will die Bewag noch sehr erhebliche Instandsetzungsarbeiten vornehmen, nachdem sie schon im letzten Jahre kräftig erneuert hat. Ein Schatten fällt in das helle Bild durch die neuen Steuergesetze, die auch kommunale Betriebe der Vermögens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer unterwerfen wollen. Aus diesen Lasten droht nach Aeußerung der Verwaltung eine wesentliche Erhöhung der Unkosten, die — soll die Rentabilität der Gesellschaft nicht gefährdet werden — nicht ohne Einfluß auf die Tarifbildung bleiben kann. Das klingt nicht erfreulich, aber vielleicht überlegt sich die Bewag die Sache noch einmal und findet, daß sie trotz der Steuern beim bewährten Prinzip des kleinen Nutzens bei großem Umsatz verharren kann.

Dr. L.

Der neue Bahnhof Friedrichstraße.

Berlin hat im Gegensatz zu den meisten europäischen Hauptstädten und manchen deutschen Zentren, wie Frankfurt am Main, Leipzig, München, keinen Zentralbahnhof aufzuweisen. Aber auch was die ästhetische Wirkung seiner Bahngebäude anlangt, ist die Reichshauptstadt ins Hintertreffen geraten. Jetzt wird Berlin endlich einen modernen Bahnhof erhalten.

Der Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße ist nicht aus ästhetischen, sondern praktischen Gründen erfolgt. Der alte, aus dem Jahre 1882 stammende Bahnhof mit seinen zwei Bahnsteigen hatte längst nicht mehr den steigenden Anforderungen des Verkehrs genügt. Der 1914 begonnene Um- und Erweiterungsbau wurde durch den Krieg unterbrochen und erst nach Friedensschluß wieder aufgenommen, wobei die ursprünglich weitgesteckten Pläne durch den Mangel an Mitteln völlig umgeworfen wurden. Der jetzige Bau ist ein Kompromiß. Für die notwendigen Erweiterungen kam aus Platzgründen nur die Nordseite in Frage. Während dort etwas Neues geschaffen werden konnte, blieb der alte Bau auf der Südseite in seinem Mauerwerk bestehen. So hat man denn, je nachdem, von welcher Seite man das Gebäude betrachtet, zwei völlig verschiedene Anblicke. Während die Südseite mit ihren roten Ziegeln das gewohnte nüchterne Bild bietet, ist der Eindruck des zweiportaligen Nordbaues, aschgrau mit schwarzen Klinkern, von überraschender Schönheit und Wucht. Leider kommt er in der Enge der Straßen, hinter Zäunen versteckt, noch nicht so zur Geltung wie es ihm gebührte.

Ueber die Bahnsteige wölbt sich in zwei Hallen das neue 16,5 Meter hohe Glasdach, dessen Lichtheit durch die bunten Töne von in die Scheiben eingemalten Bildern bereichert wird. Besonderer Wert wurde auf die Rauchabführung gelegt. Eine Verräucherung, wie sie besonders die Bahnhöfe Alexanderplatz und Schlesischer Bahnhof zu wahren Grüften gemacht hat, ist hier ausgeschlossen. Für die im Erd- und Kellergeschoß gelegenen Räume wird durch elektrische Ventilatoren von der Straße her frische Luft eingesaugt, die verbrauchte durch besondere Kanäle von oben nach unten abgeleitet. Die Wartesäle selbst sind außerordentlich geschmackvoll ausgestattet, die dritte Klasse mit Kacheln, die zweite mit dunkler Holztäfelung ausgelegt, an die Decke gemalte Reklamen wirken bei aller Farbenfreude dezent. Bei der Ausschachtung der Kellerräume hatte man mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da das Grundwasser oft störend hereinbrach. So liegt auch der etwa 140 Meter lange Gepäcktunnel, der den Bahnhof in seiner ganzen Länge unterquert, etwa 1½ Meter unter dem Grundwasserspiegel.

Der Verkehr des Publikums ist so geregelt, daß grundsätzlich Ankunft und Ausgang getrennt sind. Auf diese Weise werden Störungen und Reibungen, die besonders in den Hauptverkehrszeiten unerträglich wären, vermieden.

—sel.

Das MUSIKBLATT, die Sonnabend-Beilage der „Vossischen Zeitung" morgen!

Die Wasserversorgung auf dem Tempelhofer Felde. Unter der letzten Wasserknappheit hatten die Hochbauten auf dem an sich schon hoch gelegenen westlichen Tempelhofer Feld besonders stark gelitten. Um deren Wasserversorgung ausreichend sicher zu stellen, ist auf Anregung des Bezirksamts Tempelhof zwischen den Berliner städtischen Wasserwerken und der Charlottenburger Wasserwerke-Akt.-Ges. eine Vereinbarung getroffen worden. Die Rohrnetze beider Werke werden danach durch eine Leitung verbunden, um im Falle erneuter Wasserknappheit aus der südlichen Hochdruckzone der städtischen Wasserwerke für die Hochbauten des Tempelhofer Feldes Wasser abgeben zu können.

Vom Kilimandscharo zum Nil durchs verbotene Afrika. In einer Sondervorstellung wurde in den Ufa-Lichtspielen der Kulturfilm „Vom Kilimandscharo zum Nil durchs verbotene Afrika" vorgeführt. Der Film wurde in den Jahren 1924-25 von dem Kunstmaler H. A. Aschenborn aufgenommen und den alten Kolonialdeutschen gewidmet. In dem Film wird zum Teil ehemals deutsches Kolonialgebiet gezeigt. Tropische Landschaften, Kaffeeplantagen und andere nicht unbekannte Bilder aus dem Leben Afrikas werden vorgeführt. Als Kolonialfilm dürfte er größerem Interesse begegnen, zumal er aus jüngster Zeit stammt.

Fliegen um den Kings-Cup.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

London, 3. Juli.

Heute morgen 6 Uhr begann bei schönem Wetter auf dem Flugplatz in Croydon der Start zum Rundflug um Großbritannien um den Königspokal. Es nahmen 14 Flugzeuge an dem Wettbewerb teil, der sich heute am ersten Tage auf eine Strecke von 804 englischen Meilen erstreckt. Die Flugzeuge, die bis heute abend 10 Uhr diese erste Reise erfolgreich zurückgelegt haben, sind berechtigt, morgen bei der zweiten Etappe zu starten, wobei wieder dieselbe Strecke in umgekehrter Richtung zurückgelegt werden muß. Die Beteiligung am Königspokal vollzog sich bisher in abnehmender Stärke. 1922 starteten 21 Flugzeuge, elf legten die ganze Strecke zurück, 1923 starteten 14 Flugzeuge, und sieben vollendeten den Rundflug, 1924 starteten 10 Flugzeuge, und sechs beendeten die Strecke. In diesem Jahre ist die Zahl der startenden Flugzeuge durch die Meldung einiger Klein-Flugzeuge wieder etwas gestiegen.

Wieder ein schwerer Raubüberfall. In der vergangenen Nacht wurde vor dem Hause Martin-Luther-Straße 74 der Installateur Paul Winter gegen 2 Uhr von unbekannten Männern überfallen. Die Räuber warfen ihr Opfer zu Boden, schlugen ihn mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf und raubten ihm seine Brieftasche mit 150 Mark und die goldene Uhr. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen wurde das Ueberfallkommando alarmiert, doch waren die Täter bereits spurlos verschwunden. Winter erhielt auf der Rettungsstelle erste Hilfe und konnte dann in seine Wohnung entlassen werden.

Vulkan-Ausbruch in Kolumbien. Der Vulkan Monte Galeres in Kolumbien ist, wie uns ein eigener Drahtbericht über London meldet, gestern ausgebrochen und hat das ganze umliegende Land mit Felsstücken, Gestein, Lavaströmen und Asche bedeckt. Die Verbindung mit der in der Nähe des Vulkans liegenden Stadt La Florida Lousante ist unterbrochen. Man befürchtet, daß diese Stadt völlig zerstört worden sei.

Der drohende Bauarbeiterstreik. Der gestern gefällte Schiedsspruch im Baugewerbe sieht eine Erhöhung der Löhne für Facharbeiter (Maurer und Zimmerer) von 1,15 auf 1,30 M., für Bauhilfsarbeiter von 0,90 auf 0,94 M., und für Tiefbauarbeiter von 0,72 auf 0,74 M. für die Stunde vor. Der Tarif soll vom 1. Juli bis 30. September in Kraft treten. Es besteht wenig Aussicht, daß dieser Schiedsspruch von den Arbeitnehmern angenommen wird, aber auch die Arbeitgeber zeigen geringe Neigung, ihn in dieser Form anzuerkennen. Die *Streikgefahr dauert daher unvermindert an.* Die Arbeitnehmer werden sich am Sonntag in einer Urabstimmung über ihre Stellungnahme entscheiden. Die Parteien haben sich bis Dienstag mittag 12 Uhr zu erklären.

Sardinen in Oel. Auf Anregung der norwegischen Regierung ist zwischen der deutschen Regierung und Norwegen eine Zollermäßigung für die Einfuhr norwegischer Oelsardinen und ähnlicher Fischkonserven vereinbart worden. Danach wird der Zoll für den Doppelzentner von bisher 75 R.-M. auf 30 R.-M. herabgesetzt. Diese Zollermäßigung entspricht den Sätzen, die bisher schon für portugiesische Oelsardinen in Anwendung kamen, die während der letzten Jahre fast ausschließlich in Deutschland konsumiert wurden. In Norwegen scheint man sich von dieser Zollerleichterung eine starke Belebung des Fischkonsums überhaupt zu versprechen. Wir sollen in Deutschland nicht nur die norwegischen Oelsardinen möglichst reichlich als Kaviarersatz vertilgen, auch frische norwegische Fische werden uns in Zukunft nach Kräften mundgerecht gemacht werden. Es soll in Berlin eine große Verkaufshalle für norwegische Fische gebaut werden, in der eine norwegische Organisation den Vertrieb von Fischen für Berlin zentralisieren soll. Ein norwegischer Beauftragter ist bereits zur Durchführung der Vorarbeiten in Berlin eingetroffen.

Das Potsdamer Tabakshäuschen.

In Potsdam ist ein Streit um das „Tabakshäuschen" am Bassinplatz, das reizende kleine Baudenkmal aus der Zeit Friedrich Wilhelms I., gleich neben der Reformierten Kirche, entbrannt. Das Häuschen, in dem, wie vielfach angenommen wird, der Vater Friedrichs des Großen sich mit seinen Getreuen zum Tabakskollegium versammelt haben soll, hat in den letzten Jahren mannigfache Schicksale durchgemacht. In der Revolutionszeit hatten sich dort allerlei Bewohner einquartiert, die erst langsam wieder zum Verlassen des Gebäudes bewogen werden konnten. Die alten Möbel, die sich darin befanden, hatte man jedoch nach Berlin in Sicherheit gebracht.

Inzwischen ist das Tabakshäuschen in den Besitz der Stadt Potsdam übergegangen, die jetzt daran ging, es zu restaurieren. Man begann mit einem der im Prinzip durchaus gerechtfertigten, in der Ausführung jedoch oft wenig behutsam gehaltenen farbigen Anstriche, die in unserer Nachbarstadt seit einiger Zeit beliebt geworden sind, und wählte für die barocke Holzumrahmung und den Dachaufbau eine lila Farbe, die sich mit dem roten Backstein der Fassadenflächen und den grünen Fensterläden vertragen sollte. Hiergegen hat nun der Landeskonservator Einspruch erhoben, und die Arbeiten sind daraufhin einstweilen eingestellt worden.

Wie uns nun aus Potsdam berichtet wird, hat gestern eine Kommission getagt, die über den Plan beriet, das Häuschen in eine Kaffee- und Teestation umzuwandeln und dort einen Restaurationsbetrieb einzurichten. Mit Ausnahme einer Stimme hat die Kommission sich für diese praktische Benutzung erklärt. Aber auch hiergegen erhebt sich in den Kreisen der Potsdamer Kunstfreunde, nicht mit Unrecht, lebhafter Widerspruch. Der Fall wird wohl mit dem gestrigen Kommissionsbeschluß noch nicht erledigt sein.

Hoppegarten.

Sonnabend, 4. Juli, 3 Uhr.

1. Battle Cruiser — Kudlich.
2. Gestüt Weil — Ruzilo.
3. Gold. Horn — Plutarch.
4. Farmerin — Orlandus.
5. Hornbori — Pac Robert.
6. Tibet — Stall Türgel.
7. Marquis — Lemmel.

Die Tagung der Kaffeehausbesitzer. Bei der Tagung des Reichsverbandes der Kaffeehausbesitzer in Hamburg, die wie berichtet, zeitlich zusammenfällt mit der Tagung des Bundes der deutschen Konditoren, ist eine lose Vereinbarung dahin erfolgt, daß diese beiden Spezialgeschäftsarten des Gaststättengewerbes künftig gemeinsam vorgehen werden. Auf Anregung des Präsidenten Peter Stüber-Berlin wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Konditoren sich der Dachorganisation des ganzen Gastwirtsgewerbes anschließen werden und in dem geplanten Reichsgastwirtstag vertreten sein werden. Damit wird der Reichsgastwirttag auf eine breitere Basis gestellt werden. Gestern vormittag wurden, wie uns gedrahtet wird, die Veranstaltungen des Verbandstages des Reichsverbandes der Kaffeehausbesitzer durch einen tragischen Vorfall unterbrochen. Als die Teilnehmer an der Tagung sich im Kaffee Wallhof versammelten, um eine Studienfahrt durch Hamburg zu unternehmen, wurde einer der hervorragendsten Kaffeehausbesitzer Hamburgs, Peter Hill, vom Schlage getroffen und verschied nach wenigen Minuten.

Totgefahren. Heute vormittag gegen ½9 Uhr wurde der Arbeiter Karl Thielmann aus der Residenzstraße 110 in Reinickendorf vor seinem Wohnhaus von einer Kraftdroschke überfahren. Mit einem Wirbelsäulenbruch wurde er in das Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb. — Eine Stunde später wurde in der Potsdamer Straße die Ehefrau Marie Schulze aus der Simon-Dach-Straße 27 von einem Privatauto überfahren. Sie trug eine schwere Gehirnerschütterung davon und wurde in das Elisabethkrankenhaus gebracht. — An der Ecke der Grolman- und Bismarckstraße stieß ein Auto der schwedischen Gesandtschaft mit dem Motorrad des Kaufmanns Max Elias aus der Fasanenstraße 11 zusammen. Der Motorradfahrer wurde nur leicht verletzt, doch mußte das Rad abgeschleppt werden. — Die 63 Jahre alte Witwe Auguste Böhm aus der Helmstedter Straße in Wilmersdorf, die einen Straßenbahnwagen der Linie 1 vor dem Hause Invalidenstraße 35 besteigen wollte, wurde von einem Auto überfahren und trug eine Beinverletzung davon.

Ein Fahrraddieb verhaftet. In der letzten Zeit wurden wiederholt Arbeitern, die mit Ausschachtungen auf dem Tempelhofer Feld beschäftigt sind, Fahrräder gestohlen. Der Verdacht lenkte sich auf einen jungen Mann, dessen Personalbeschreibung genau gegeben werden konnte. Gestern gelang es der Kriminalpolizei, diesen Mann, einen 23 Jahre alten vorbestraften Arbeiter Hermann Brautmann, in der Münzstraße festzunehmen. Er ist geständig.

Die neue Kommandeurin der deutschen Heilsarmee. *Die deutsche Heilsarmee hat einen neuen Kommandeur erhalten* in der Person der Tochter des verstorbenen Heilsarmee-Generals Booth, Frau Marie Booth, die heute früh auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintraf. In ihrer Begleitung befand sich der Stabschef der Heilsarmee, Herr Higgins. Im Saalbau Friedrichshain beginnt heute abend ein dreitägiger Heilsarmee-Kongreß, dem auch verschiedene Vertreter des Auslandes beiwohnen werden.

Geldschrankknacker im Hotel. Mit ungewöhnlicher Dreistigkeit suchten Einbrecher in der vergangenen Nacht ein Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofs heim. Sie drangen vom Dach eines Nachbargrundstücks ein und gelangten in die Büroräume. Als man schließlich ein verdächtiges Geräusch vernahm, wurde die Polizeiwache am Anhalter Bahnhof benachrichtigt, doch waren die Täter bereits verschwunden. Ihre Arbeit scheint sich — obwohl es ihnen gelungen war, den Geldschrank aufzumeißeln — nicht gelohnt zu waben, da sich nur eine geringe Summe darin befand.

Die Schülertragödie von Pasing. Die in der heutigen Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung" gemeldete Schülertragödie in Pasing, wo ein 17jähriger Professorsohn auf einem Schulausfluge eine jüngere Mitschülerin durch einen Revolverschuß schwer verletzte, hat ihren tiefsten Grund in einer Eifersuchtsangelegenheit. Der von dem Mädchen abgewiesene Schüler wurde, nachdem er den Schuß auf sie abgefeuert hatte, von einem Lehrer entwaffnet. Er zog jedoch einen zweiten Revolver hervor, mit dem er die Absicht hatte, seinen Nebenbuhler zu erschießen, wandte aber die Waffe gegen sich selbst.

Sommerfest des Verbandes Preußischer Polizeibeamten. Der Gau Groß-Berlin des Verbandes Preußischer Polizeibeamten, e. V., veranstaltet am Sonnabend, dem 4. Juli, in den Gesamträumen des Etablissements, Abtei Treptow ein Sommerfest mit großem Doppel-Konzert. Polizei-Vizepräsident Dr. Friedensburg wird eine Ansprache halten. Der Ueberschuß der Veranstaltung wird der Wohlfahrtskommission überwiesen.

(Hierzu eine Beilage.)

Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung
mit Kurszettel der Berliner Börse.
Beilage zu Nummer 311 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf - Friedenau. — Freitag, 3. Juli 1925, abends

Völlige Geschäftsstille.

Bei schwächerer Haltung.

Für die heutige Börse war die minimale Umsatztätigkeit charakteristisch. Es lagen ganz vereinzelt kleine Orders, darunter auch aus dem Auslande vor, jedoch beschränkte sich das Geschäft vollkommen auf diese, während die Spekulation sich weitmöglichst zurückhielt. Wenn trotzdem die Kurse durchgehend nachgaben, so ist das vornehmlich auf die völlig fehlende Aufnahmelust zurückzuführen. Außerdem verstimmten die inner- und außerpolitischen Ereignisse, sowie im besonderen die neuen Betriebseinschränkungen bei Thyssen. Die ersten Kurse konnten jedoch im weiteren Verlauf ziemlich allgemein behauptet werden.

An den einzelnen Marktgebieten gingen die Kursveränderungen nur äußerst selten über 2 pCt. hinaus. Lediglich Bochum Guß, Rhein. Sprengstoff, Karlsruher Maschinen, Ludw. Loewe und Feldmühle Papier hatten größere Verluste zu verzeichnen. Der Schiffahrtsmarkt sowie Bankwerte waren relativ gut gehalten.

Der Markt der Vorkriegspfandbriefe bildete gegenüber der übrigen Börse wieder insofern eine Ausnahme, als bei anhaltend guten Käufen eine lebhafte Umsatztätigkeit festzustellen war. Die Kurse konnten wirder durchweg etwas anziehen. Recht fest lagen vor allem wieder Hamburger Pfandbriefe mit 6. Im Freiverkehr wurden ferner für Preuß. Central-Boden 6,35, Berliner Hyp. 5,50 und Mecklenburger Pfandbriefe 4,35 geboten. Im Gegensatz hierzu lagen Goldpfandbriefe und Roggenwerte wenig verändert. Stadtanleihen und Industrieobligationen konnten sich bei sehr ruhigem Geschäft behaupten.

Sehr still bei fast unveränderten Kursen lag auch der Rentenmarkt. Kriegsanleihe gingen bis ungefähr 0,40 um.

Im weiteren Verlauf traten keinerlei Veränderungen mehr ein. Auch gegen 2 Uhr blieb die Haltung unverändert. Die Börse schloß ungefähr auf der Basis der Anfangskurse. Lediglich in Charl. Wasser entwickelte sich lebhafteres Geschäft, so daß der Kurs anziehen konnte. Man wollte gute Käufer im Markte beobachtet haben.

Kurse gegen 2 Uhr.

Daimler 59, Hirsch Kupfer 99, Hammersen 19,30, Ilse 94,5, A. E. G. 94,87, Gesfürel 113, Schuckert 62, El. Licht 98,75, Laurahütte 50,5, Dt. Lux 70,25, Gelsenkirchen 50, Oberbedarf 55, Phönix 89,75, Harpener 114,5, Hohenlohe 14,25, Rheinstahl 72, Riedel 73, N. A. G. 92, Schultheiß 31,87, Orenstein 65,25, Leonh. Tietz 67, Salzdetfurth 27,25, Tel. Berliner 58,5, El. Hochbahn 71,25, Canada 36, 23er K.-Schätze 0,34, 3½proz. Consols 0,53,25, Kriegsanleihe 0,39,75, Hamburg Packet 56,25, Nordd. Lloyd 59, Hansa 86, Hamburg Süd 85,25, Dt. Erdöl 97, B. E. W. 3,12, Barmer Bankverein 1,12, Darmstädter 120, Disconto 108,12, Berl. Handels-Ges. 120,37, Dt. Bank 120, Dresdner 102,25, Reichsbank 123,75, Südsee 44,5, Sloman 4,75, Salitrera 222,5, Diamond 17,87, Dt. Petroleum 72,25.

Der Markt der unnotierten Werte verkehrte bei sehr ruhigem Geschäft zu wenig veränderten Kursen. Lediglich Deutsche Lastautos waren in Fortsetzung der Kaufneigung 10 pCt. höher, sie blieben mit 85 gefragt.

	3. 7.		3. 7.		3. 7.		3. 7.
Adler Kohle	—	Holsatia †	25,00	Jul. Sichel †	41,00	Krügersh. †	94,00
Beck. Kohle	5,12	Hlzm. Glas †	44,00	Stoew. Mot. †	75,00	Niedera. †	81,50
BeckerStahl	—	Hünlich	—	Stral. Glas †	87,00	Ronnenberg	70,00
Benz	3,25	Ibach	0,70	Terra-Film	—	Steinförde	9,00
BrownBov†	58,00	Ifa	22,00	Thür. Uhren	—	Ummendorf	—
Buclag	—	K. Rheydt †	125,00	Tiag	—	Wittekind	62,00
Chi. W. Terr.	—	Kurs. Brk. †	—	TriererWlz.	—		
Dt. Lastaut †	83,00	Manoli Zig.	—	Ufa †	77,00	AG. f. Petr.-I.	—
DuxPorzell.	36,5	Müll. Kaff. †	50,00	V. cm Zeitz †	58,00	Dt. Petrol. †	72,50
Evaporat. †	18,00	Nation. Film	—	Winkelhaus	1,85		
Fraurt. Pz. †	—	Nienb. Eis. †	39,00	Zhld. West †	—	*Diamond	18,25
Frist. & Ross	—	Oehrg. Bg. †	126,00			Kaoko	3,00
Getreide-C	—	Olea	—			*Salitrera	225,00
Glückauf B	1,00	Phön. Zhb. †	—	Adler Kali †	77,00	Sloman	5,00
Grade-Auto	—	Pose	33,00	Benthe	2,60	SüdsPhosph	45,00
Grade-Mot.	—	Ruhland W.	—	Halle Kali †	96,50		
Grkr. Frank	7,25	Schebera †	43,50	Hanov. Kal. †	75,00	*C. Hisp. Akt	1007,50
Gum. Elbe †	—	Schwerdtfg	—	Heldbrg. Vz.	42,00	*do. arg. Bds.	340,50
Hochfrequ. †	73,00			Kali-Ind. †	178,00	*do. span. do.	339,00

* In Mark per Stück. † In Goldprozenten.

*

Frankfurter Börse.

Die Tendenz ist außerordentlich still und leicht abgeschwächt. Von Aktienwerten hörte man nur Höchster Farben 115½. Kriegsanleihe 402½. Am Pfandbriefmarkt ist es etwas lebhafter. Frankfurter Hypothekenbank-Pfandbriefe 6,80, Preußische Zentralboden 6,32¼. Der Geldmark tist fest. Paris und Mailand sind etwas fester. London gegen Paris 103, gegen Mailand 137¾, gegen Schweiz 25,05, gegen New York 4,86, gegen Holland 13½.

Hamburger Börse.

Die mattere Tendenz der gestrigen Börse setzte sich heute weiter fort. Verstimmend wirkte die Lage auf dem Geldmarkt, bei der die große Nachfrage nach Monatsgeld nicht befriedigt werden konnte. Es waren so verschiedentlich wieder Blankoabgaben zu beobachten, die das gesamte Kursniveau herabdrückten. Um 1,30 Uhr waren Roland — ½, Paket — 1¼, Süd — 1¼, Elbe — 1½, Stettiner — 1 und Lloyd — 2. Von lokalen Werten waren Anglo Guano — 3, Calmon — 1½, Harburg-Wien — 1¼, Thörl — 2. — Auch die übrigen Märkte lagen bei kleinem Geschäft schwächer, nur die Nachfrage nach Hypothekenbankpfandbriefen bestand weiter. Alte Hamburger Hypotheken gewannen 10 Punkte.

*

In den heutigen Vormittagsstunden lagen der französische Frank und die italienische Lira kräftig erholt, und zwar anscheinend im Zusammenhang mit der Stützungsaktion der in Frage kommenden Banken. So wurden am Vormittag im Usanceverkehr Mailand gegen Pfund mit 137 und Paris gegen Pfund mit 102½ gehandelt. Während des Börsenverlaufs konnte sich die Erholung nicht voll behaupten. Immerhin lagen Mailand mit 138 und Paris mit 103,65—103,80 noch immer erheblich über den gestrigen Kursen. Etwas schwächer gegen gestern lagen Oslo mit 26,60. Kopenhagen gegen Pfund 2,70. Das Pfund ist international wenig verändert. Man rechnete das Pfund gegen Kabel mit 4,86 1/16 bis 4,86 3/16. Amsterdam 12,13¾—12,14.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Telegr. Auszahlungen		Bank-Diskont	3. 7.		2. 7.	
Reichsb.-Disk. 9% Lomb. 11%			Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	100 Gulden	4	168,09	168,51	168,02	168,44
Belgien	100 Franken	5½	19,43	19,47	19,08	19,12
Oslo	100 Kronen	6	76,60	76,80	76,30	76,50
Kopenhagen	100 Kronen	7	86,24	86,46	86,19	86,41
Schweden	100 Kronen	5½	112,42	112,70	112,53	112,81
Danzig	100 Gulden	9	80,86	81,06	80,86	81,06
Helsingfors	100 finn. M.	9	10,56	10,60	10,563	10,603
Italien	100 Lire	7	14,78	14,82	14,08	14,12
London	1 Lstr	5	20,389	20,441	20,388	20,440
New York	1 Dollar	3½	4,195	4,205	4,195	4,205
Paris	100 Franken	7	19,63	19,67	19,09	19,13
Schweiz	100 Franken	4	81,40	81,60	81,44	81,64
Spanien	100 Peseten	5	61,02	61,18	61,02	61,18
Deutsch-Oest. abg.	100 Schilling	11	59,057	59,197	59,057	59,197
Prag	100 Kronen	7	12,432	12,472	12,43	12,47
Budapest	100000 Kronen	9	5,895	5,915	5,895	5,915
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,691	1,695	1,692	1,696
Bulgarien	100 Leva	10	3,025	3,035	3,03	3,04
Japan	1 Yen	7½	1,708	1,712	1,709	1,713
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,449	0,451	0,446	0,448
Jugoslavien	100 Dinar	7	7,29	7,31	7,38	7,40
Portugal	100 Escudos	9	20,525	20,575	20,525	20,575
Konstantinopel	1 türk. Pfd.	—	2,265	2,275	2,26	2,27
Athen	100 Drachmen	8½	6,99	7,01	6,99	7,01

*

Unverwertbare Zloty. Nachdem die polnische Regierung ihre kleinen Zlotyscheine und ihr Metallgeld dadurch entwertet hat, daß sie nur noch im Inlandsverkehr Polens angenommen werden, sind alle Danziger, welche kleine Zlotyscheine und Zlotymetallgeld im Besitz haben, sehr geschädigt worden; denn diese Zloty können nicht in Gulden oder andere Zahlungsmittel, auch nicht in größere Zlotyscheine umgewandelt werden. Sogar ihre Verwendungsmöglichkeit in Polen selbst ist eine sehr beschränkte. Jeder sucht nun natürlich, sich von diesem entwerteten Gelde zu trennen, und der Danziger Markt wird jetzt von Zlotyscheinen und Zlotymetallgeld überschwemmt, das im Ausland oder in Polen selbst nicht verwertbar ist. Es hat sich in Danzig die Gewohnheit neuerdings vielfach eingebürgert, daß der Zloty und der Gulden gleichmäßig, namentlich im Verkehr mit Reisenden, angenommen wird. Dies Entgegenkommen der Danziger ist jetzt bestraft. Es kann daher nur allen Geschäfts- und Privatleuten der dringende Rat gegeben werden: verweigert die Annahme von unverwertbaren Zloty. Die unverwertbaren Zloty sind folgende: Alle Scheine unter 10 Zloty, also insbesondere polnisches Papiergeld, das über 5, 2 und 1 Zloty lautet, und polnisches Metallgeld jeder Art, Silbermünzen, Messingmünzen, Kupfer- und Nickelmünzen.

Weitere Steigerung des Privatdiskonts. Entgegen den allgemeie gehegten Erwartungen will sich zu Beginn des neuen Monats noch immer keine Erleichterung am Geldmarkt einstellen. Im Gegenteil machte sich heute erneut eine recht beträchtliche Nachfrage nach Mitteln geltend. Tägliches Geld war in den Vormittagstunden so lebhaft gesucht, so daß die Sätze zum Teil über die gestrigen hinausgingen; man bezahlte für Tagesgeld nämlich 9½ bis 11 pCt. Zu beobachten war wiederum, daß selbst einige Großbanken als Geldnehmer auftraten, eine aTtsache, die darauf hindeutet, daß die Bedürfnisse der Kundschaft in Industrie, Handel und Landwirtschaft andauernd auf eine Anspannung der Mittel rer Banken hinwirken. Die Börse selbst braucht jetzt nur relativ bescheidene Summen. Monatsgeld, das nuru in mäßigen Beträgen umging, war mit 10¼ bis 10½ zu hören. Am Privatdiskontmarkt bewirkte die verstärkte Geldnachfrage, die sich in einem Angebot von etwa 10 Millionen M. Primabankakzepten aussprach, eine weitere Steigerung des Privatdiskonts für lange Sichten. Der Satz für 56- bis 90tägige Wechsel stieg von bisherigen 7¾ auf 7⅞ pCt., also auf denjenigen Satz, den bisher schon die kurzen Wechsel (das sind die 30—55tägigen) innehatten.

Bankiertag in Berlin. Der Vorstand des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat beschlossen, den 6. Allgemeinen deutschen Bankiertag auf den 14. bis 16. September nach Berlin einzuberufen. Wie stets, werden auch bei dieser Tagung die aktuellen Wirtschaftsfragen vor aller Oeffentlichkeit behandelt werden. So sind als Verhandlungsgegenstände im Plenum des Bankiertages folgende Referate in Aussicht genommen: 1. Notwendige Vorbedingungen für die Erfüllung der heutigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben des privaten Bankgewerbes; 2. die deutsche Währung vor und nach der Stabilisierung; 3. Kredite und Beteiligungen des Auslandes in der deutschen Wirtschaft; 4. Vervollkommnung der Organisation des Börsen-, Effekten- und Zahlungsverkehrs. Nebenher werden Verhandlungen in verschiedenen Ausschüssen laufen.

Neue, bei der Reichsbank lombardfähige Wertpapiere. Das Reichsbankdirektorium hat beschlossen, die nachstehenden Wertpapiere zur Beleihung bei der Reichsbank in Klasse A zuzulassen: Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bank, 8proz. Goldpfandbriefe Reihe 2. Central-Landschaft für die Preußischen Staaten: 8proz. landschaftliche Central-Goldpfandbriefe. Hypothekenbank in Hamburg: 7proz. Gold-Hypothekenpfandbriefe Em. B. Landschaft der Provinz Sachsen: 8 proz. Goldpfandbriefe. Mecklenburgischer Ritterschaftlicher Kreditverein: 8proz. Goldpfandbriefe. Preußische Boden-Credit-Actien-Bank: 8proz. Gold-Schuldverschreibungen (Kommunal-Obligationen) Em. 4. Preußische Hypotheken-Actien-Bank: 8proz. Gold-Hypothekenpfandbriefe von 1925 Reihe 2. Preußisch-Pommersche Generallandschaft: 8proz. Pommersche landschaftliche Goldpfandbriefe. Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank: 10proz. Gold-Hypothekenpfandbriefe Reihe 5. Roggenrentenbank Aktiengesellschaft: 5proz. Roggenrentenbriefe Reihe 16. Schlesische Landschaft: 8proz. Goldpfandbriefe. — Eisenbahn-Stamm- und Stammprioritäts-Aktien. Brandenburgische Städtebahn-A.-G.: Aktien Lit. A und B. Bei den früher bekanntgegebenen, vom Reichsbank-Direktorium zur Beleihung zugelassenen Wertpapieren sind nachzutragen: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank: 8proz. Gold-Hypothekenpfandbriefe „Reihe 1"; Hypothekenbank in Hamburg: 7proz. Gold-Hypothekenpfandbriefe (nicht Goldpfandbriefe) „Em. A."; Preußische Hypotheken-Actien-Bank: 8proz. Gold-Hypothekenpfandbriefe von 1924 „Reihe 1".

Abstoßung der holländischen Beteiligung des Barmer Bankvereins. Zu den verschiedenen, durch die Zeitungen gehenden, sich widersprechenden Gerüchte über die Lösung des Engagements des Barmer Bankvereins an seiner holländischen Beteiligung wird der „Vossischen Zeitung" aus Barmen gedrahtet, daß die Abstoßung der Aktienmehrheit der Diskonto- und Effektenbank in Amsterdam bereits vor einigen Monaten erfolgt ist und daß die Delegierten des Aufsichtsrats des Barmer Bankvereins aus der Leitung des holländischen Instituts ausgetreten sind. Das Aktienpaket, das der Barmer Bankverein besaß, ist inzwischen an eine andere Gruppe übergegangen, welche den Namen der Firma in Amsterdamsche Diskonto Bank umgeändert hat.

Auflegung der französischen Goldanleihe am 20. Juli. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Paris gedrahtet wird, teilt der „Petit Parisien" mit, daß die neue französische wertbeständige Anleihe voraussichtlich am 20. Juli zur Zeichnung aufgelegt wird. Die Zeichnungsfrist soll etwa bis Ende August laufen. Heute vormittag fand im Elysée ein Ministerrat statt, in dem der Finanzminister Caillaux Bericht erstattete über die Beratungen zur Ausstattung und Auflegung der Anleihe.

Englische Bankdividenden. Wie der „Vossischen Zeitung" aus London gekabelt wird, wurden heute die ersten Halbjahrsdividenden der englischen Großbanken bekannt gegeben, und zwar erklärt Barklays Bank eine Interimsdividente auf der Basis von 10 pCt. pro Jahr auf die A-Aktien und von 14 pCt. pro Jahr auf die Bund C-Aktien. Dies sind dieselben Sätze wie für das erste Halbjahr 1924. William S. Deacons Bank erklärt eine Interimsdividende auf der Basis von 13¾ pCt. pro Jahr auf die A-Aktien und von 12½ pCt. auf die B-Aktien. Dies sind ebenfalls dieselben Sätze wie im Vorjahr. Die Union Discount Company of London erklärt auch wie im Vorjahr 15 pCt. auf das Jahr.

Erhöhung der Zigarettensteuer ab 1. August? Wenn auch die bisherigen Beratungen über die Tabaksteuer noch nicht zu endgültigen Ergebnissen geführt haben, scheint man sich unter den Regierungsparteien, prinzipiell wenigstens, auf einen Kompromiß geeinigt zu haben. Danach ist, wie wir hören, mit einer Erhöhung der Banderolensteuer speziell für Zigaretten zu rechnen, und zwar in Form der von 40 auf 50 pCt. erhöhten Banderole. Weiterhin ist ein Gewichtszoll für Rohtabak zu erwarten, der in der Hauptsache als Schutzzoll für den deutschen Tabakbau gedacht ist. Die Beratungen haben gezeigt, daß bei den in Frage kommenden Stellen wenig Gegenliebe für den Gewichtszoll vorhanden ist, obwohl dieser einen weitgehenden Abbau des umfangreichen Beamtenapparats gestatten würde. Mit dem Inkrafttreten der erhöhten Zigarettensteuer ist ab 1. August zu rechnen.

Dividenden.

„Kompaß", Allgemeine Kredit- und Garantiebank, Wien: 900 Kr.

Andros-Noris-Zahn A.-G., Frankfurt: 6 pCt. auf die Stamm- und 7 pCt. auf die Vorzugsaktien.

Eisenbahn-Verkehrsmittel A.-G., Berlin: 8 pCt. aus 472 482 Rm. Reingewinn.

Warenmärkte.

Die heutige Berliner Produktenbörse verkehrte wieder in sehr ruhiger Haltung. Das Herbstgeschäft, das sich in früheren Jahren um diese Zeit zu entwickeln begann, kann im laufenden Jahre nicht in Gang kommen, da die Lage infolge der schwebenden Zollvorlage noch immer oollkommen undurchsichtig ist. Am Lokomarkt versorgen sich die Mühlen mit Australweizen, da inländische Ware nicht mehr zu haben ist. Am Roggenmarkt fehlte ausländisches wie inländisches Material vollkommen. Roggenmehl ist weiter begehrt und wird im Preise höher gehalten, während Weizenmehl vernachlässigt blieb. Am Hafermarkte herrschte gute Nachfrage, während das Angebot sehr gering blieb. Das Preisniveau wies im allgemeinen wenig Veränderungen auf.

Der Markt der Zeitgeschäfte eröffnete fester, und die Notierungen konnten sich im weiteren Verlauf der Börse weiter befestigen. Juliweizen 258½, Juliroggen 217½ nach 216½. Andienung auf Julilieferung von Roggen erfolgt nur ganz vereinzelt, da wie schon angedeutet, Material völlig fehlte, und die Kurse zurzeit höher sind als die amtlichen Zeitnotierungen.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in G.-M.)	3. Juli	2. Juli
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinig. f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)	130,75	130,75
Not. d. Berl. Metallb.: Hüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	68,00—69,00	68,00—69,00
Remelted Plattenzink	61,00—62,00	61,00—62,00
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	235,00—240,00	235,00—240,00
do. do. in Walz- oder Drahtbarren	245,00—250,00	245,00—250,00
Reinnickel	345,00—350,00	345,00—350,00
Antimon-Regulus	121,00—123,00	122,00—124,00
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg	95,50—96,50	95,50—96,50

Rentenbankkreditanstalt und Reichstag. Wie wir erfahren, wird sich das Plenum des Reichstages am kommenden Dienstag mit dem Gesetz über die Rentenbankkreditanstalt beschäftigen.

Die Reparations-Brennstoff-Lieferungen November 1924 bis April 1925. Nach dem bisher von den Alliierten anerkannten und den Zahlungen des Generalagenten für Reparationszahlungen zugrunde gelegten Unterlagen sind an Reparations-Brennstoffen in der Zeit vom 1. November 1924 bis April geliefert: an Frankreich 1,571 Millionen To. Steinkohlen, 2,123 Mill. To. Koks, 207 000 To. Braunkohlenbriketts; an Belgien 1,248 Mill. To. Steinkohlen, 160 000 To. Koks, 34 000 To. Braunkohlenbriketts; an Italien 0,944 Mill. To. Steinkohlen. Insgesamt wurden also 6,292 Mill. Tonnen Brennstoffe geliefert. Während die Höchstlieferung im Dezember 1924 mit insgesamt 1,371 Mill. To. erfolgte, betragen die im April 1925 gelieferten Mengen 528 000 To. Steinkohle, 361 000 To. Koss, 36 000 To. Braunkohlen und Briketts, zusammen also 925 000 To. Bis Februar sind die Lieferungen an Luxemburg von Frankreich gemeinsam mit den französischen Lieferungen abgenommen, aber ohne Mitwirkung Deutschlands auf beide Länder verteilt worden. Da die Luxemburg-Lieferungen jedoch seit Inkrafttreten des Londoner Abkommens nicht mehr zu Lasten Deutschlands gehen, und die Zahlungen Luxemburgs für November, Dezember und Januar über den Generalagenten und für Februar über Frankreich an die deutschen Lieferanten erfolgten, sind die entsprechenden Mengen von obigen Zahlen noch abzusetzen. Zurzeit sind diese Mengen noch nicht bekannt. Seit dem 1. März bezieht Luxemburg selbständig gegen unmittelbare Zahlungen. Fernerhin befinden sich unter den November-, Dezember- und Januar-Lieferungen an Belgien auch solche Mengen, für die Belgien beim Generalagenten Bareinzahlungen gemacht hat, die also nicht auf Reparationsfonds gehen. Auch diese Mengen stehen bisher noch nicht fest.

Unsichere Lage des Eisenmarktes. Die schon im Mai auf dem Inlandsmarkt entstandene Unsicherheit und Zurückhaltung setzte sich im Juni fort, soweit sie sich nicht gar verstärkte. Aber das gilt keineswegs gleichmäßig vom gesamten Markt; die einzelnen Werke machten sehr verschiedene Erfahrungen, und auch in den Erzeugnissen war die Lage keineswegs einheitlich. Teils gingen wenige oder doch nur kleine Anfragen ein, teils war die Nachfrage lebhaft und groß, da manche Händler und Verbraucher aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustraten und ihren inzwischen dringend gewordenen Bedarf deckten. Das war namentlich in Stabeisen zu beobachten, merkwürdigerweise in Verbindung mit der Tatsache, daß nennenswerte Unterbietungen und Preiszugeständnisse an der Tagesordnung waren, im Grundpreise wie in den Ueber- und Güteraufpreisen. Indes waren auch z. B. in Grubenschienen und Bandeisen (von Außenseitern) Unterbietungen festzustellen. Die Nachfrage aus dem Auslande war, nach dem Bericht von „Stahl und Eisen" im allgemeinen ebenfalls mäßig, was aber nicht verhinderte, daß hin und wieder belangreiche Aufträge in Schienen, Grob- und Feinblechen, Röhren und Drähten hereinkamen.

Hahnsche Werke A.-G. In den letzten Generalversammlungen der Franz Seiffert u. Co., A.-G. und der Kammerichwerke sind, wie bereits mitgeteilt, drei Verwaltungsmitglieder der Hahnschen Werke in den Aufsichtrat gewählt worden. Diese Wahl hängt, wie wir hören, nicht mit einer neuen Interessennahme der letzteren Gesellschaft zusammen, vielmehr besitzen die Hahnschen Werke bereits seit Jahren maßgebliche Beteiligung an den beiden Firmen. Die Franz Seiffert u. Co. A.-G. ist ein großer Abnehmer der Hahnschen Werke. Eine engere Fühlungnahme hat sich infolge der immer stärker fortschreitenden Umstellung auf Hochdruckkessel, in welcher Branche die Seiffert-Gesellschaft hervorragend tätig ist, als notwendig erwiesen. — Bei den Kammerichwerten, deren Spezialität die Herstellung von Kleinröhren, Fahrrad- und Automobilteilen bildet, liegt die Interessengemeinschaft vor allem auf dem Gebiete der Auslandsorganisation, nach der die Hahnschen Werke über alle Beziehungen verfügen, während die Kammerichwerke für den Export eine eigene mit dem beträchtlichen Kapital von 500 000 M. ausgestattete Gesellschaft errichtet hat.

Der Ausschluß der Becker Stahlaktien vom Berliner Freiverkehr. Zu dem Beschluß des Berliner Börsenvorstandes, die Aktien der Stahlwerk Becker A. G. vom Handel im Berliner Freiverkehr auszuschließen, wird der „Vossischen Zeitung" aus Essen gedrahtet, daß irgend welche Veränderungen im Status der Gesellschaft seit der Sanierung nicht vorgekommen sind. Die Tatsache, daß die 5 Mill. Aktien, für die das Kapital von der sanierenden Gruppe zur Verfügung gestellt wurde, bisher noch nicht übernommen worden sind, hängt weder mit schwebenden Prozessen zusammen, deren Ausgang erst abgewartet werden muß, wie eine Version sagt, noch hängt sie mit Regreßansprüchen der Ermag zusammen, die von dieser Gesellschaft fallen gelassen werden sollten, aber nicht fallen gelassen worden sind, wie eine andere Version sagt. Bei der Eintragung des Zwangsvergleiches wurde seitens des Amtsgerichtes eine Frist zur Zeichnung der jungen Aktien bis zum 31. Dezember 1925 gesetzt, und die Verwaltung hat sich bisher noch nicht veranlaßt gesehen, vor Ablauf dieser Frist sich zu engagieren.

Leichtes Anziehen der Großhandels-Indexziffer. Die auf den Stichtag des 1. Juli berechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 24. Juni (134,2) um 0,5 pCt. auf 134,9 gestiegen. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Butter, Schmalz, Zucker, Rind- und Schweinefleisch, Hopfen, Rindshäute, Kalbfelle, Treibriemenleder, Baumwolle, Rohjute, Leinengarn und Kupfer. Gesunken sind die Preise für Heringe, Hanf, Wolle und Blei. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 133,9 auf 135,0 oder um 0,3 pCt. angezogen, die Industriestoffe blieben mit 134,9 unverändert. Für den Durchschnitt Juni ergibt sich eine Steigerung der Großhandels-Indexziffer von 131,9 im Durchschnitt Mai auf 133,8 oder um 1,4 pCt.

Hamburg, 3. Juli. Die Firma Max Fraenkel in Altona, Textilwaren, ist in Konkurs geraten.

Weiterer Verlauf der Börse.

Erstmalig in Gold notiert wurden Kaliwerke Aschersleben mit 108.

Der Kassamarkt verkehrte bei sehr ruhigem Geschäft eher in abgeschwächter Haltung. So wurden niedriger: Dresdner Gardinen 2¾ pCt., Tafelglas Fürth 2 pCt., A.-G. für Bürsten 3 pCt., Wilcke 3 pCt. Höher wurden: Egestorff 2½, Ver. Ultramarin 2½ pCt. und Lingnerwerke 4¼ pCt., Fraustadt Zucker 6 pCt.

Erneute Diskontherabsetzung in Indien. Nach einem Londoner Bericht der „Vossischen Zeitung" hat die Imperial Bank of India, die erst vor einigen Tagen ihren Diskontsatz auf 5 pCt. ermäßigt hatte, ihn jetzt abermals auf 4 pCt. herabgesetzt. Diese Diskontherabsetzungen in rascher Folge von 7 bis jetzt auf 4 pCt. sind mehr Saisonerscheinungen und hängen damit zusammen, daß gewöhnlich um diese Zeit der Geldmarkt durch den beendeten Absatz der Ernte eine außerordentliche Erleichterung erfährt.

Stillegung der Zeche „Schleswig". Wie der „Vossischen Zeitung" aus Bochum gedrahtet wird, wird die zur Phönix, A.-G., gehörende Zeche „Schleswig" in Dortmund-Brackel zum 14. Juli außer Betrieb gesetzt. Ab 1. Juli ist der 850 Mann starken Belegschaft gekündigt worden. Jedoch werden etwa 400 Mann der Belegschaft auf der Zeche „Holstein" zu Asseln in Arbeit genommen, da diese Anlage zu derselben Gesellschaft gehört. — Auch die Gewerkschaft Ewald, von der bereits Entlassungspläne bekanntgeworden sind, hat nunmehr die Genehmigung erhalten, 580 Arbeiter zu entlassen, und zwar 100 Mann ab 15. und 480 Mann ab 28. dieses Monats.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse (Lokonotierungen für Getreide gelten ab Station): Weizen, loko, märk. —; do. sächs. 270—275; im laufenden Monat 258,50 bis 259,50; Tendenz stetig. — Roggen, loko, märk. 227—230; im laufenden Monat 216,50—219,00—218,50; fest. — Sommergerste —. Futtergerste 204—218. — Neue Wintergerste 202—207; ruhig. — Hafer, loko, märk. 232—241; im laufenden Monat 195; fest. — Mais, loko, Berlin —; still. — Weizenmehl 33,50—36,00; behauptet. — Roggenmehl 30,75—32,25; fest.

Weizenkleie 12,80, Roggenkleie 13,75, Tend. matt, Raps 340—360, do. Viktoriaerbsen 26—31,50, kleine Speiseerbsen 25—26,50, Futtererbsen 21—24, Peluschken 22—24, Ackerbohnen 21—22, Wicken 24—26, Lupinen blau 11,50—12,50, do. gelb 14—15,50, Rapskuchen 15,50—15,60, Leinkuchen 22,20—22,80, Trockenschnitzel 10,20—10,80, Kartoffelflocken 23—23,50.

Fortlaufende amtliche Notierungen

Festverz. Werte.			Einh.-Kurse heute	vor.
Dt.Doll.-Sch.			93,50	93,50
Dt.Schatz 16 IV-V	4½	0,375-0,365	0,365	0,3775
do. 6-9 Agio	4½	0,345-0,34	0,3425	0,36
do. fällig 24	4½	0,325-0,3325	0,3325	0,33
Reichs. K 23	8/15	0,332-33	0,34	0,34
Dt. Reichs-A.	5	0,400-0,3975	0,4025	0,410
do.	4	0,505	0,5225	0,515
do.	3½	0,485-0,4925	0,4925	0,5075
do.	3	0,72	0,72	0,6875
Pr. Schatz	7-15		—	—
do. 1.5.25	5		0,225	0,225
do. auslsb.	4		0,545	0,56
do. Hibernia	4½		0,68	0,70
Pr. kons. Anl.	4	0,515-0,505	0,5075	0,525
do.	3½	0,53-0,5325	0,54	0,545
do.	3	0,55	0,55	0,570
Bayer. St.-A.	4	0,68	0,70	0,70
do.	3½	0,70-0,68	0,68	0,71
Hbg. St. 19 8	4½	0,063-0,064	0,063	0,0685
Mazed. Gold	3		7,00	7,10
Mexikan. Anl.	5		—	—
do.	5		34,50	34,50
Mexik. Bew.	4½		—	—
Oest.Sch. 14	4½		6,50	6,60
- am. Eis.-A.	4½		1,30	—
Oest. Gold-R.	4		—	10,30
Oest. Kr.-Rt.	9		—	0,70
do.konv.J./J.	4		—	0,60
do.do.Mai/N.	4		—	—
do. Silber	4½	0,80	0,80	0,70
do. Papier	4½		—	—
Türk. Bagd.1	4	8,50	8,75	8,50
do. Ser. 2	4	6,70	—	6,80
do. unifiz.	4		—	—

Türk.Zoll-Ob	4	6,88-7,10	—	7,20
Türk.400 Fr.	0		21,50	21,00
Türk.Adm.03	0		8,10	8,1
Türk. Anl. 05	4		6,70	6,7
Türk. Anl. 08	4		—	6,25
Ung.St.R. 13	4½	7,70	7,70	8,00
do. St.-R. 14	4½	7,75-7,70	7,70	8,00
do. Goldrente	4	8,25-8,20	8,20	8,63
do. St.-R. 10	4	6,88-6,75	8,20	—
do. Kronen-R.	4	0,9,25	6,75	0,95
Lissab.St.I,II	4		—	3,00
Anat.Eis. S.1	—		7,75	7,90
do. 2	—		6,88	7,00
Lombard. 2,s	—		—	9,80
do. neue	—		—	—
Tehuant.Nat.	5		—	—
do.	5		—	—
Franzosen	—	20,00	—	19,25
Baltimore	—		57,25	56,50
Canada Abl.	—	36,50-35,75	36,00	36,25
Schantung	0	1,75-1,80-2,00	1,88	1,90
Dt.Austr.Dpf.	Go	60,50	59,00	600,0
Hbg.Amer. P.	Go	57,5-57,25-56,83	56,50	58,00
Hbg.-Südam.	Go	85,75-85,25	85,50	88,25
Hansa	Go	—	86,30	88,63
Kosmos	Go	—	—	—
Nordd. Lloyd	Go	59,50-59,00	59,00	60,38
Roland Linie	Go	—	—	88,75
Stett. Dampf.	0	38,00	38,50	38,50
Verein. Elbe	Go	—	41,50	42,75
Elektr. Hochb	5	72,13-71,25-71,5	71,25	74,25
Bank el. W.	—	3,13	3,25	3,13
Bk.f.Brauind.	Go	80,50	80,50	79,75
Barm. Bankv.	2	1,13	1,13	1,13
Bayr.Hyp.u.W	Go	—	82,38	83,00
Bayr. Ver.Bk.	0		120,00	120,00
Berl.Hand.-G	Go	120,63-120,38	120,38	122,00
Commerzbk.	Go	98,00-120,00	98,00	98,00

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 3. Juli 1925

Darmst.u.Nat	Go	120,00	120,00	120,25	Chem v.Heyd.	Go	62,75-62,25	62,25	63,50
Deutsche Bk	Go	120,00	120,00	120,00	Cont. Caout.	Go	130,50-130,00	130,00	131,50
Discontoges.	Go	108,13	108,00	108,25	Daimler	Go	59,75-59,25-59,0	59,00	59,00
Dresdn. Bank	Go	102,25-102,00	102,25	102,25	Dessau Gas	Go	87,38-86,75-87,0	87,00	87,63
Leipz. Kredit	Go	84,50	84,50	84,50	Dt.-Atl. Tel.	0	8,63	8,50	8,63
Mitteld.Kred.	Go		97,00	97,00	Dt.-Luxemb.	0	71,0-70,75-71,25	71,00	72,75
Oest.Kred.	M.p.St.	7,25	7,25	7,38	Dtsch. Erdöl	Go	97,25-96,75-97,0	97,50	99,00
Reichsbank	Go	124,75-124,10	123,63	124,13	Dtsch. Kabel	Go		67,13	68,00
Wien.B.V.	M.p.St.	5,50-5,38	5,38	5,38	Dtsch. Kali	—	27,25-27,00	26,75	27,50
					Dtsch. Masch	Go	58,75	58,75	60,00
Schulth.-P.	10	31,75-31,88	31,88	31,75	Dtsch. Werke	Go		70,50	71,90
Akkumulator	Go	112,13-112,25	112,25	114,00	Dtsch.Wollen	Go	57,75	57,75	58,88
Adlerwerke	Go	62,00-61,90	62,00	63,13	Dt.Eisenhand	Go	47,13-46,75	47,25	48,25
A.-G.f.Anilin	Go	117,50	115,00	116,75	Dynam.Nobel	Go		76,60	78,00
A. E. G.	Go	95,25-94,5-95,25	95,00	95,25	Eisenb.-Verk	Go	82,00	81,00	82,00
Anglo Guano	Go	102,50	101,00	101,25	Elberf. Farb.	Go	115,10-114,90	114,90	117,00
Aschaff.Zells	Go		76,50	78,00	Elektr.Liefer.	Go	83,00-81,50	81,50	82,90
Augsbg.Nbg.	Go		109,50	111,00	Elektr. Licht	Go	98,13-99,25	98,50	99,50
Bad. Anilin	Go	122,50-123,00	122,75	125,13	Essen.Steink	Go	76,00-77,00	77,00	79,00
Basalt A.-G.	Go	89,50	89,50	90,00	Fahlberg List	Go	54,00	54,00	60,00
Berger Tiefb.	Go	116,38-116,13	116,25	116,00	Feldmü. Pap.	Go	73,75-73,50-74	74,00	75,75
Bergmann	Go	74,25-74,20	74,20	75,25	Felt. & Guill.	Go		129,50	130,50
Brl.Krisr.Ind	Go	89,50	89,25	92,25	Gelsk.Bergw.	0	59,00-60-59,75	60,00	61,75
Berl. Masch.	Go	67,00	67,00	67,50	Ges.f.el.Unt.	Go	111-113-111,50	113,00	113,00
Bingwerke	Go	59,00-58,75	58,75	59,75	Goldschmidt	Go	87,50-86,00	86,50	88,00
Bochum. Guß	Go	81,00-80,00	81,00	84,00	GörlitzWagg.	Go	42,25-42,10	42,10	42,60
Gebr. Böhler	4Rm			—	Gotha Wagg.	Go	39,13-38,00	38,00	39,20
Buderus	Go	56,00-55,75-55,3	53,30	57,10	HackethalDr	Go	60,00-59,50	59,50	60,50
Busch Wagg.	Go	54,00-53,50	53,50	54,50	Hammersen	—	19,38-19,30	19,30	19,80
Byk Guldenw.	0	1,70	1,70	1,70	Hann. Wagg.	0	4,20	4,20	
Calmon Asb.	Go	46,50	46,00	46,50	Hansa-LlGo	5	70,00-69,25	69,25	70,50
Charl. Wass.	Go	71,75-73,00	71,25	70,50	Harb. Gummi	0		57,25	57,25
Chem. Griesh	Go	114,75	114,75	116,75	Harpener	Go	114,10,115,00	115,25	117,13

HartmSä.Ma.	Go	55,50-54,25	54,25	56,00	Rh Braunk.	Go	128,00-127,00	127,50	126,41
Held & Frcke	—	0,475	0,475	0,475	Rh. Metallw.	Go	36,00-34,62	35,25	35,50
Hirsch Kupf.	Go	—	99,00	99,50	Rh. Stahlwrk	Go	72,25-72,50	72,00	62,00
Höchst.Frbw.	Go	115,00	114,75	116,88	Rh.-W.Sprst.	Go	61,50-63,12	63,13	64,00
Hoesch Eisen	Go	103,00-103,25	103,00	104,75	Rhenania	0	3,20-3,10	3,10	3,30
Hohenlohe	—	15,00-14,25	14,25	15,00	J. D. Riedel	Go	73,00	73,00	72,90
Ph.Holzmann	Go	—	62,50	63,00	Rombacher	Go	62,75-62,87	63,25	63,25
Humboldt Ma	Go	48,00	47,00	49,00	Rückforth	0	0,425	0,425	0,425
Ilse Bergbau	Go	95,25-94,5-94,63	94,50	98,00	Rütgerswerk	Go	74,00-73,00	73,38	73,90
Junghans	Go	—	72,00	74,00	Sachsenwerk	—	1,90-2,00	2,00	2,00
Kahlbaum	Go	105,00-104,50	104,50	106,00	Salzdetf. Kali	—	26,25-27,25	27,25	27,25
Kali Aschersl	Go	106,00-107,63	107,50	15,40	SarottiSchok	Go	132,00-131,62	130,50	131,50
Karlsruhe Ma	Go	45,50-45,13	45,13	46,00	Scheidemdl.	0	12,25	12,25	12,75
Kattowitz Bw.	—	15,75-15,60	15,60	16,00	Schl. Bg.Zink	Go	106,00-99,75	100,00	100,03
C. W. Kemp	—	0,38	0,38	0,38	Schl.Textilw.	Go	55,00	55,00	54,00
Klöckner Wk.	Go	78,50-78,00-78,5	78,25	80,38	Hu Schneider	Go	54,75	54,75	55,00
Köln-Neuess.	—	70,25-70,00	70,50	71,00	Schub.& Salz	Go		122,00	123,00
Köln-Rottweil	Go	87,38-87,50		88,10	Schuckert	Go	62,62 62,00	62,00	64,25
Gebr.Körting	Go	73,25	73,25	74,75	Sieg.Sol.Guß	Go	42,75-40,75	41,00	43,00
Krauß Co.Lok	Go	—	46,25	48,50	Siem&Halske	Go	82,00-79,75	80,00	80,80
Lahmeyer	Go	73,38-73,00	73,50	74,38	Stett. Vulkan	Go	44,25-44,00	44,00	46,00
Laurahütte	0	51,00-52,88	51,25	52,75	Stinnes Rieb.	Go	75,00-74,75	75,00	76,25
Linke-Hofm.	Go	51,50	54,50	53,00	Stöhr Kmgrn.	0	31,63-32,13-31,8	32,13	33,00
Ludw. Loewe	Go	125,50-124,00	125,50	129,00	StolbergZink	Go	123,50	123,50	124,00
C. Lorenz	Go	94,50	95,00	95,00	Tel. J.Berlin.	Go		58,50	61,50
Mannesmann	Go	81,00-81,25	80,75	83,08	Thörls Oelfb.	Go	56,00-54,25	54,25	55,25
Mansf. Brgb.	Go	63,00-62,75	62,13	62,50	Leonh. Tietz	Go	67,50-67,75	67,00	68,25
Dr. P. Meyer	Go		39,75	40,50	Transradio	Go		74,00	74,75
Motor. Deutz	Go		51,00	50,00	Türk. Tabak	Go			
National Auto	Go	90,25-92,00	92,00	93,25	UnionGießer.	Go		40,00	40,50
Nordd.Wollk.	Go	101,50-102,00	101,50	104,00	Ver.Schuhfb.	Go		50,00	50,10
Oberbedarf	Go	55,00	55,00	57,40	Vogel Tel.Dr.	Go	64,50-64,00	64,00	66,50
Obrschl Caro	Go		50,00	51,00	Voigt & Haeff	Go		73,00	74,00
do. Koks	Go	80-79,75-80,75	80,50	81,50	WeserSchiffb	Go		—	47,50
Orenstein	Go	65,25-65,13	65,25	67,25	Westeregeln	—	19,13	19,13	19,20
Ostwerke	Go	115,00-114,63	115,00	118,00	R. Wolf	Go	42,50-42,00	42,85	44,50
Phönix Brgb.	Go	90-89,75-90,38	90,38	91,25	Zellst.Waldh.	—	10,30-9,75	9,75	10,90
Herm. Pöge	Go		46,25	47,50	Zimmerm.Wk	Go	27,25	27,25	28,50
Polyphon	Go	80,00	80,00	76,50					
Rathg.Wagg.	Go		48,00	—	Otavi Minen	7½	26,10-26,38	26,25	26,25

Deutsche Staats-Anl.

	heute	vor.
Dt. Wertb. A. 23	91,75	91,75
Dt.Wertbest. Anl. 1-5 Doll.	100,00	100,00
do. 6% 10-1000	90,25	90,25
Dt. Doll.-Sch.		93,50
Hess. Doll.-Sch.	—	—
[illegible]		

	Zs.	heute	vor.
NeckarGd.-Anl.	5	59,00	59,00
Preuss. Kohle	5½	9,75	10,00
Nordd.G.-Pf. 3	8	84,00	84,00
Nrd.Grkr.GPf.2	5	61,00	61,00
do. Gd.-K. 4	8	84,00	84,00
do. Gd.-K. 1	5	1,57	1,58
Oldb. Rogganw.		23,00	23,00
do.staatl.Krd.A.	5	4,74	4,71
[illegible]			

	Zs.	heute	vor.
Mecklenb.Hyp.u. Wbk. Ser.1-8*		4,55	4,35
Mein. Hyp.1-17*		5,40	5,30
do. Pfandbr. 18		—	0,10
do. do. 19		—	—
Mein.Pfandbr. 20		—	—
Nordd Grundkrd. Pfdbr. S.3-19*		4,92	4,85
[illegible]			

	Div.	heute	vor
Dt. Eff. u. W.	8	—	—
- Hyp.B. Berlin	8	5,75	5,50
- Uebers.Bk.	Go	85,50	86,25
Goth. Grdkred.	0	5,40	5,25
Hallesch.B.Y.	10	1,60	1,60
Hbg.Hyp.B.	Go	75,00	75,00
Hildesh. Bk.	Go	106,00	106,00
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Barop. Walzw.	0	18,25	19,75
Bartz & Co.	—	5,00	5,60
BastA.-G. 2,4	Go	74,00	78,00
BauldSeestr	oD	7,50	7,50
Bautz Tuch	Go	34,00	34,25
Bauv. Weißensee		44,00	44,00
Bayer. Cell.	Go	83,50	83,50
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Eckert Ma.	Go	65,00	67,00
Egestorff S.	Go	74,00	77,25
J. Eichenberg	5	—	—
Eilenb. Katt.	Go	95,00	—
Eintracht	10	71,00	71,38
Eisenb. Leih	—	2,88	3,00
Eisenerz A. G.	0	2,75	2,75
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Hellmann Im	Go	51,00	50,50
Hein Lehm.	Go	62,00	64,25
Heine & Co.	Go	50,75	52,00
Em.Heinicke	Go	57,50	57,25
Hemmor Ptl.	Go	102,50	100,00
Hennigsd. St.	—	0,90	0,90
Otto Hetzer	Go	33,25	33,75
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Lithophon. Tr.	0	2,25	2,50
Herm. Löhnert	0	55,00	55,00
Lothr. Zement	0	—	—
Luck.&Steff.	Go	29,40	27,50
Lüdenscheid	Go	44,80	40,00
LünebWachs	Go	—	— G
Luth. Masch.	Go	71,50	71,50
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Ravensb. Sp.	0	—	—
Reichelt Met.	Go	68,50	66,00
Reiherstieg	Go	28,50	26,75
J. Reinecker	Go	92,75	93,00
Reisholz Pap.	0	15,25	15,00
Reiß&Martin	Go	67,00	68,25
Rheinf. Kraft	Go	105,00	105,50
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Stuttg.Zuck.	2Rm	2,50	2,30
Südd Immob	Go	41,50	44,00
Tack & Cie.	Go	80,00	80,00
Tafelglas	Go	73,90	75,90
Tecklb. Schiff	0	12,50	12,88
Teichgraeber	Go	29,00	29,50
Telt. Kanal	Go	29,00	28,00
[illegible]			

Preuß. Pfandbriefe

Wertbeständige Anl.

Ausländ. Anleihen

Ausl. Eisenb.-Oblig.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Kleinbahn-Aktien

Schiffahrts-Aktien

Hypoth.-Pfandbriefe · Vor 1. Jan. 1918 ausgeg.

Bank-Aktien

Brauereien

Industrie-Aktien

Kolonial-Werte

[illegible]